

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 62 (1975)
Heft: 7: Alterswohnungen = Logements pour personnes âgées

Artikel: Zwischen erwünschtem Höhenflug und verlangter Wirklichkeitsnähe : ein "werk"-Gespräch und eine Dokumentation zum Ideenwettbewerb "Stadtrand" im Rahmen des "Winterthurer Modells Alter"

Autor: Aerni, Paul / Braun, Ulrich / Brunner, Conrad U.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-47844>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischen erwünschtem Höhenflug und verlangter Wirklichkeitsnähe

Ein «werk»-Gespräch und eine Dokumentation zum Ideenwettbewerb «Stadtrand» im Rahmen des «Winterthurer Modells Alter»

Teilnehmer am Gespräch:

Paul Aerni, Dr., Generaldirektor der «Winterthur-Unfall», Winterthur, Ersatzpreisrichter;
Ulrich Braun, Dr., Zentralsekretär der Schweizerischen Stiftung für das Alter, Zürich, Preisrichter;

Conrad U. Brunner, Architekt, Zürich, Mitglied des Expertengremiums;

Guido Cocchi, Architekt BSA/SIA, Lausanne, Preisrichter;

Victor N. Cohen †, Vorsitzender des Expertengremiums;

Yvonne Glennie, Zentralstelle «Winterthur»-Modell, Gockhausen ZH, Ersatzpreisrichterin;

Walter L. Gottschall, Architekt, Zürich, Mitglied des Vorbereitungsgremiums;

Verena Huber, Innenarchitektin, Zürich, Redaktion «werk»;

Ruedi Jost, Journalist, Zürich;

Diego Peverelli, Redaktion «werk».

Ein Wettbewerb der verpassten Chancen?

Diego Peverelli: Im Wettbewerbsprogramm wurde verlangt, dass neue Ideen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus formuliert werden sollten unter Berücksichtigung der möglichen Integration der Generationen. Demnach wird ein Problem des Alters unmittelbar tangiert, das heisst die Integration der Betagten in die Gesellschaft. Der Begriff Integration wirft die Frage auf, ob wir nicht mit einem üblen Zustand konfrontiert sind, das heisst, dass in den Strukturen unserer Gesellschaft etwas nicht funktioniert. Was können wir unternehmen, damit die Betagten sich in der Gesellschaft nützlich machen können? Kann man die Integration nur durch das Bauen eines den Bedürfnissen der Betagten entsprechenden physischen Raumes fördern oder aktivieren? Oder besteht der Einstieg nicht auf der sozialpolitischen Ebene?

Ein anderer Begriff, der im Wettbewerbsprogramm aufgeführt wird, ist der Stadtrand. Denkt man an manche Quartiere des Stadtrands – und ich finde es richtig, dass man den Stadtrand berücksichtigt; denn in der Stadtplanung bedeutet das Phänomen Stadtrand teilweise auch eine negative Erscheinung –, sieht man graue, monotone Agglomerationen von anonymen Bauten. Im Sinne einer Verbesserung der Lebensqualität ist es positiv, dass der Begriff Stadtrand in den Wettbewerb aufgenommen wurde.

Ein weiterer Aspekt ist das Programm und die Organisation des Wettbewerbes. Zum Beispiel scheint mir, dass die verlangte Darstellung eines Infrastrukturelements auf eventuelle Ausführungsmöglichkeiten hingedeutet habe. Es fragt sich, ob dies nicht etwelche Unsicherheiten bei den Teilnehmern hervorgerufen habe. Gewiss handelte es sich im Wettbewerb um eine fiktive Situation, jedoch können derartige Programmpunkte die Wettbewerbsteilnehmer beeinflussen, indem sie die Anzahl potentieller Ideen zugunsten realisierbarer Vorschläge reduzieren würden. Hätte die Möglichkeit, eines der vom Expertengremium entwickelten Modelle auswählen zu können, den Wettbewerb für den Teilnehmer nicht attraktiver gemacht? Vermutlich hätte es einen Katalog reicher an Ideen ergeben, der auch reicher an Alternativen gewesen wäre, als dies beim vorliegenden Resultat der Fall ist.

Dr. Paul Aerni: Wir sind, zusammen mit Herrn Cohen, davon ausgegangen, dass die Situation für die Betagten in mancher Beziehung verbesserungsfähig sei. In materieller Hinsicht darf man zwar davon ausgehen, dass es den Alten in der Schweiz im grossen und ganzen nicht schlecht geht; eine weitgehende Isolation ist aber kaum zu bestreiten. Viele wohnen äusserlich angenehm, aber den Kontakt mit der Umwelt haben sie in starkem Masse verloren. Sie sehen auch keine Möglichkeiten für eine sinnvolle Beschäftigung, obschon sie dazu durchaus in der Lage wären. Sie wären sicher auch weitgehend bereit, sich in der Gesellschaft irgendwie nützlich zu machen. Schliesslich dürfte bei vielen Betagten der Wunsch bestehen, möglichst lange einen eigenen Haushalt zu führen, also nicht in kollektive Haushalte – Altersheime – eingegliedert zu werden. Aus diesen Überlegungen ist eine Idee entstanden, die sich in vier Modellen konkretisiert hat, wobei jedes Modell ein etwas anderes Ziel verfolgt.

Diego Peverelli: Wie sieht das Modell Stadtrand aus, und warum wurde es für den Wettbewerb ausgewählt?

Dr. Paul Aerni: Vorweg ist es wohl sinnvoll, auch die anderen Modelle kurz zu streifen. Das Modell Begegnungsstätte: Es ist ein Glücksfall, dass die «Winterthur»-Gesellschaften Grundstücke in der Winterthurer Altstadt für dieses Modell zur Verfügung stellen können, damit – gewissermassen im realen Fall – gezeigt werden kann, wie sich die zugrunde liegende Idee realisieren lässt. In der Tat geht es darum, in jenen Liegenschaften Wohnungen für Alte und

Junge einzurichten, ferner Gemeinschaftsräume, die allen möglichen Zwecken dienen, wie Unterhaltung, Fortbildung, Bastelarbeit; Räume übrigens, welche auch Nichtbewohner benützen können. Wichtig ist dabei der Modellcharakter; mit anderen Worten: die Erfahrungen sollen auch auf andere Städte übertragen werden können.

Das Modell Überbauung: Die «Winterthur»-Gesellschaften hatten bereits seit längerer Zeit eine Überbauung mit konventionellen Wohnungen für den Mittelstand in Oberwinterthur geplant. Dann kam die Idee, man solle die Gelegenheit nützen und untersuchen, wie sich Alters- und Invalidenwohnungen in die Überbauung einplanen liessen, auch hier wieder im Zeichen des harmonischen Zusammenlebens der verschiedenen Generationen. Die Überbauung wird nun – im Sinne eines Modells – verwirklicht.

Das Modell Dienstleistungen: Dieses Modell hat mit Bauten nichts zu tun, sondern beinhaltet eine grossangelegte Studie, zunächst über die Bedürfnisse, welche die Betagten auf dem Gebiete verschiedener Dienstleistungen haben. Ort der Untersuchungen war die Stadt Winterthur. Die hier bereits angebotenen Dienstleistungen wurden katalogisiert, wobei man feststellte, dass zwar vieles vorhanden sei, jedoch die Koordination weitgehend fehle und auch der Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit eher schwach sei. Die festgestellten Mängel sollen nun behoben werden.

Nun zum Modell Stadtrand: Hier wählten wir die Form eines Ideenwettbewerbs. Ziel war die Entwicklung neuer Wohnformen, die dem Zusammenleben verschiedener Generationen förderlich sind und auch den sich mit der Zeit wandelnden Bedürfnissen gerecht werden. Der Wettbewerb hat uns nicht enttäuscht. Unter den 84 eingereichten Projekten ist in der Tat viel Bemerkenswertes.

Diego Peverelli: Wäre es nicht anregender gewesen, dass, um mehr Ideen zu gewinnen, die am Wettbewerb Beteiligten eines der drei konzipierten Modelle als Beispiel für die Integration hätten auswählen können? Es wäre eventuell möglich gewesen, einen Katalog aufzustellen, der gezeigt hätte, an welchem Modell die meisten Teilnehmer eine Möglichkeit der Integration der Generationen gesehen hätten.

Conrad U. Brunner: Ein Wettbewerb muss vergleichbare Vorschläge zur Diskussion bringen. Das waren zugleich Frage und Problem, die sich bei der Vorbereitung des Wettbewerbs immer wieder stellten. Die Zielsetzung des Wettbe-

werbs, Ideen zu gewinnen, die nachher beurteilt werden, setzt voraus, dass vergleichbare Beurteilungskriterien formuliert werden. In diesem Falle hatte man sich darauf beschränkt, ein fiktives Gelände anzugeben. Zwei Probleme wurden zur Diskussion gestellt: das Wohnen einerseits, die Integration der älteren Leute, das Altersproblem, andererseits. Die Frage an die Beteiligten lautete: Was könnt ihr auf diesem beschränkten Gebiet mit sehr wenig einschneidenden Randbedingungen an Vorschlägen bieten? 700 Gruppen haben das Programm studiert. Von den knapp 100 abgegebenen Projekten stammen viele von Nichtarchitekten. Wir hatten Schwierigkeiten, das für diesen Wettbewerb aufgestellte Programm auf die SIA-Ordnung abzustimmen, zum Beispiel hinsichtlich der Zusammensetzung des Preisgerichtes, des fiktiv angegebenen Geländes, der offenen Beteiligung, der weitgefassten Anforderungen u.a.

Dr. Paul Aerni: Es ist die Frage gestellt worden: Warum nicht auch Wettbewerbe für die anderen Modelle ausser für das Modell Stadtrand? Theoretisch hätten sich sicher auch für die anderen Modelle Wettbewerbe durchführen lassen, indessen haben wir andere Wege gewählt, die unseres Erachtens eher zum Ziel führen. Die Frage der Methode ist natürlich Ermessenssache.

Victor N. Cohen: Es ist wichtig, die Entwicklungsgeschichte des «Winterthur»-Modells aufzuzeigen, damit man Zusammenhänge und Entscheidungen besser versteht. Für die «Winterthur»-Gesellschaften stellte sich die Frage, was man als Jubiläumsgabe hätte machen können. Man dachte an eine Gabe, die in die Zukunft weist. Gewählt wurde die Idee des «Winterthur»-Modells Alter. In der ersten Konzeption war der Gedanke vorhanden, dass es sich nicht um eine Hilfeleistung handeln sollte – in diesem Sinne keine Spende –, sondern um eine eigene Leistung mit einer bestimmten Zielsetzung. Als zweiter Schritt wurde ein Expertengremium einberufen. Das erste Projekt sah die Errichtung einer neuen Siedlung vor, in der Stadt oder ausserhalb der Stadt, mit der Zielsetzung Integration. Die zweite Konzeption sah folgendermassen aus: Gemeinsam wird das Modell für eine solche Siedlung von den Experten entwickelt, wobei die Frage nach dem Ausmass der Siedlung sofort kritisch überprüft wird. Anhand dieses Modells wird der Wettbewerb unter dem Titel «Sucht uns Alternativen zu diesem Modell» ausgeschrieben. Danach wurde der Standort Winterthur bestimmt. Die ursprüngliche Idee aber lag eigentlich dem von Herrn Peverelli zur Diskussion gestellten Alternativprogramm nahe.

Rund um den Begriff Integration...

Diego Peverelli: War seitens der Stiftung für das Alter zum Zeitpunkt der Wettbewerbsvorbereitung ein Modell für die Integration entwickelt worden?

Dr. Ulrich Braun: Ich muss auf die Anfänge der Arbeiten des Expertengremiums zurückkom-

men und das Projekt Dienstleistungen, dessen Zielsetzung mit der Zeit sich weitgehend verändert hat, kurz erläutern. Wir waren zuerst der Meinung, man könnte in einem Quartier von Winterthur westwärts des Bahnhofs ein Zentrum mit Einrichtungen für Betagte bauen, ein sogenanntes Dienstleistungszentrum. Es hat sich dann gezeigt, dass bei der Weiterentwicklung durch beigezogene Mitarbeiter der Stadtbehörde sowie von Privatinstitutionen Winterthurs ein Dienstleistungszentrum im Gebiet Neuwiesen ungenügend wäre, um dem Gedanken der Integration voll Rechnung zu tragen. Es wurde deutlich, dass man sich infolge der Gegebenheiten nicht auf ein städtisches Dienstleistungszentrum beschränken konnte, sondern dass man diesen Gedanken zusammen mit bestehenden Institutionen über die Stadt und die angrenzenden Gemeinden hinaustragen musste.

Diego Peverelli: Glauben Sie nicht, dass die Integration der Betagten in eine Gemeinschaft nicht durch neue Wohnformen, sondern durch sozialpolitische Initiativen erfolgen kann?

Dr. Ulrich Braun: Das Bauliche kann nur ein Element der Integration sein. Was bedeutet überhaupt Integration? Genügen bauliche Massnahmen, bedarf es sozialorientierter Initiativen zur nahtlosen Einfügung einzelner Gruppen in die Gesellschaft? Wenn man von letzterer Voraussetzung ausgeht, muss ich sagen, der bauliche Aspekt genüge nicht. Hier genügen sogar die Dienstleistungen nicht. Wir können keine Integration erzwingen. Alles steht und fällt mit dem Menschen. Die zweckmässigsten und schönen neuen Bauten nützen nichts, wenn die Menschen nicht selber den Kontakt zueinander finden. Ebenso werden die angebotenen Dienstleistungen fraglich, wenn die Menschen sie nicht verlangen und benützen. Integration ist also ein gesellschaftliches und nicht ein bauliches Problem.

Ruedi Jost: Es zeigt sich nun auch in dieser Diskussion, dass von aussen so etwas wie ein Höhenflug erwartet wurde, den man auch hätte haben können, wenn nicht zu viele Randbedingungen festgelegt gewesen wären. Möglich war dann nur noch eine Bruchlandung. Ich ging mit sehr vielen Erwartungen zur Besichtigung der Wettbewerbsausstellung. Dann sah ich die Rangfolge und kam zum Schluss, dass es sich tatsächlich um eine Bruchlandung handelt. Nun bestätigt mir diese Diskussion, dass keine andere Landung möglich war. Man kann nicht ein ganzes Problem aufrollen und dann nur eine kleine Sache da herausholen wollen. Das ist das Resultat zum Beispiel bei den in den Rängen 1 bis 6 klassifizierten Projekten. Es sind, wenn Sie diese Arbeiten genau ansehen, Hallen-Imitationen. Es sind Kopien von Dingen, die zwischen 1959 und 1961 in der Schweiz realisiert wurden. Es sind sehr sympathische Vorschläge. Der Geist, den sie ausstrahlen, ist derjenige eines «Dörfli» – ein «Städtli-Geist». Das im 6. Rang klassifizierte Projekt ist das einzige, das ich mir am Stadtrand denken könnte, ganz einfach vom Geist her. Der Höhenflug jedoch, der das Problem grundsätzlich angehen

wollte, wurde bei der Jurierung ausser acht gelassen.

Dr. Ulrich Braun: Wir sind uns bewusst, dass wir ein schwer fassbares Problem angeschnitten hatten. Wir waren uns im klaren, dass die Integration mit baulichen Mitteln nicht zu bewerkstelligen sei. Deshalb hatten wir den Wettbewerb auf interdisziplinäre Teams gerichtet und die Aufgabe als ein planerisches, soziologisches, ökonomisches und architektonisches Problem formuliert. Die Beurteilung der Ergebnisse ist viel realer als die Zielsetzung des Wettbewerbs ausgefallen.

Kein Mut zur kritischen Utopie!

Dr. Paul Aerni: Zu den Bedingungen des Wettbewerbs ist noch folgendes zu sagen: Ursprünglich hatten die Initianten auch an utopische Projekte gedacht. Mit der Zeit aber kam die Einsicht zum Durchbruch, dass der Öffentlichkeit besser gedient sei mit Vorschlägen, die sich in den nächsten Jahren realisieren liessen. Dieser Gedanke gilt auch für die anderen Modelle, und es schien uns richtig, für das Modell Stadtrand keine Ausnahme zu machen. Konsequenz war, dass man auch auf die heutigen gesellschaftlichen Strukturen abzustellen hatte.

Diego Peverelli: Herr Dr. Aerni hat den Begriff Utopie in die Diskussion geworfen. Ich hätte es sehr interessant gefunden, wenn bei diesem Wettbewerb tatsächlich «utopische» Projekte abgegeben worden wären.

Conrad U. Brunner: Utopie heisst «nirgendwo». Wir sagten jedoch: «hier». Das ist eine starke Einschränkung. Wir hatten sogar «hier und heute» gesagt. Wir hatten diese Bedingungen gestellt, weil uns das Anliegen der Integration sehr wichtig und sehr brennend schien.

Verena Huber: Ich denke an den Gegenpol der Utopie. Ich könnte mir vorstellen, dass, wenn Sie nach Vorschlägen zur Integration gesucht hätten – der Wettbewerb wurde so ausgeschrieben, dass er nur mit baulichen Mitteln zu lösen war –, auch Lösungen sich ergeben hätten, wo sich zum Beispiel ein Team die Frage gestellt hätte: Am Stadtrand gibt es Häuser, und dort gibt es eine gemischte Gesellschaft; wie bringen wir die Integration der Generationen zustande? Das ist eine Möglichkeit, die nicht unbedingt im Rahmen des Wettbewerbes realistisch war, weil er nicht mehr den SIA-Normen zu unterstellen gewesen wäre. Das Problem der Integration der Betagten entsteht aus der verzwickten Lage, in der wir uns heute befinden. Wir haben uns von den familiären Beziehungen, vom familiären Kreis, noch nicht gelöst, bei denen die Relation zwischen alt und jung noch einigermaßen funktioniert. Mit den neueren Wohnformen, die wir heute haben, ist eine Trennung zwischen den Generationen vollzogen worden. In diesem Zusammenhang wäre ein erzieherischer Aspekt auch von Bedeutung.

Victor N. Cohen: Wir wollten nicht ein Experiment im luftleeren Raum wagen, sondern wir

überlegten uns ganz konkret, was im gegebenen Raum Winterthur möglich wäre. Wir suchten nicht eine Lösung des Problems, sondern einen Beitrag zur Lösung des Problems.

Ruedi Jost: So wie es Frau Huber dargelegt hat, wäre es richtig gewesen. Wenn jedoch ein sogenannter aussergewöhnlicher Ideenwettbewerb ausgeschrieben wird, dann beginnen die Architekten, die sich mit diesem Fragenkomplex befassen, wieder ganz von vorne, und sie bauen sich Türme. Es war vielleicht falsch, dass man die Wettbewerbsteilnehmer diese Arbeit nochmals machen liess und sie somit wieder vor die Aufgabe bzw. den Versuch stellte, die Integration mit Hilfe der Architektur zu lösen. Ich glaube aber nicht, dass sie auf diese Weise gelöst werden kann. Die Antwort des Preisgerichts lautete aber so, als ob man sie mit Architektur lösen könnte. Die prämierten Projekte zeigen, dass man an diese Möglichkeit geglaubt hat. Und die angekauften Entwürfe zeigen, dass man doch nicht recht daran glaubt. Als ich durch die Ausstellung ging, bekam ich den Eindruck, alles, was es heute als Architektur in der Schweiz zu sehen gebe, sei hier vertreten. Eigentlich sollte es faszinierend sein, eine aktuelle Standortbestimmung der Schweizer Architektur zu machen. Die Wettbewerbsteilnehmer haben die Untersuchungen des Vorbereitungsgremiums selbst nochmals durchgeführt. Darum sind die Teilnehmer, die sich besonders angestrengt haben, vom Wettbewerbsergebnis enttäuscht.

Im Sinne des guten Schweizer Kompromisses?

Guido Cocchi: Für das Preisgericht, vor allem für die Architekten dieses Gremiums, war es kein einfacher Wettbewerb. Das Preisgericht war gemischt, ihm gehörten also nicht nur Architekten an. Es hat sich gezeigt, dass, wenn innerhalb dieses Gremiums versucht wird, Worte zur Sichtbarmachung eines Kontextes umzusetzen, der architektonische oder bauliche Aspekt dann eben doch ein grosses Gewicht bekommt. Betrachtet man das Resultat dieses Wettbewerbs, ohne ins Detail zu gehen, fällt einem auf, dass eigentlich keine neuen richtungsweisenden Ideen entwickelt worden sind. Die Architekten sowie die interdisziplinären Gruppen haben viel Arbeit in den Versuch investiert, bekannte Konzeptionen zu verbessern. Aus diesem Wettbewerb könnte man jedoch viele Elemente übernehmen und in die neuzeitlichen Quartiere einflechten: Gedankliches, Organisations, Betreuung. Gewiss war nicht der Höhenflug, den man von aussen erwartete. Er fand nicht statt; denn er wurde eindeutig durch die Problemstellung gebremst. Die Architekten im Preisgericht waren sich von Anfang an der Komplexität einer solchen Aufgabenstellung bewusst. Ich betrachte das Wettbewerbsergebnis als ein gutes Spiegelbild der aktuellen Situation in der Schweiz.

Diego Peverelli: Es fällt auf, dass von der Siedlungstypologie her das Reihenhauses oder die Wohnung im Reihenhaussystem vom Preisgericht besonders geschätzt und honoriert wurde. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die ersten

fünf prämierten Projekte nicht voneinander. Auch bezüglich der Organisation zwischen Wohn- und Gemeinschaftsbereich hat es einige Beispiele, die sich gleichen. Interessant finde ich, dass bei ähnlicher Nutzungsorganisation versucht wurde, eine Struktur, die für die innenstädtischen Quartiere der Jahrhundertwende typisch war – die Hofüberbauung –, vorzuschlagen.

Guido Cocchi: Aus den prämierten und angekauften Projekten sind verschiedene «Archetypen» von Gruppierungen menschlichen Zusammenseins ersichtlich. Deutlich zeigt sich, dass die lineare Addition von Wohnhäusern scheinbar einen Revival erlebt. Es wurde aber auch der Versuch unternommen, das «Dorf» zu kreieren mit Strässchen und Plätzchen. Was wir unter den realisierbaren Modellen vermisst haben, sind Konzentrationen. Das als erster Ankauf ausgezeichnete Projekt ist ein Versuch zur Konzentration. Die Diskussion um diesen Vorschlag mit den Preisgerichtsmitgliedern der sozialen Seite war sehr interessant. Wir Architekten waren der Auffassung, dass bei diesem Konzept vielleicht gar keine Integration möglich sei und dass es sich nur um eine interessante Vision von Architekten handle, die aber für das menschliche Zusammenleben, für die Integration, nicht geeignet sei. Die Idee des Teppichgewebes: sie ist im Projekt mit dem zweiten Ankaufpreis sehr typisch dargestellt, wobei in diesem Vorschlag auch interessante soziale Aspekte berücksichtigt worden sind, worin ungeahnte Realisierungsmöglichkeiten stecken. Im Tessin sind zum Beispiel ganze Dörfer so aufgebaut. Ein neuer «Archetyp» ist jedoch aus diesem Wettbewerb nicht herausgekommen. Aber war das die Zielsetzung oder die Problematik des Wettbewerbs?

Gemeinsamer Nenner Architektur

Diego Peverelli: Inwieweit wurde bei der Jurierung der eingereichten Projekte der theoretische, problemorientierte Background in die Urteilswaage geworfen? Es waren nämlich einige interessante Vorschläge zur Organisation und Gestion der Siedlung als Mittel zur Förderung des Gemeinschaftslebens vorhanden. Ich könnte mir vorstellen, dass sich das Preisgericht vor solchen Konzepten zuerst wie vor eine volle «Plakatwand» gestellt sah. Die Lesbarkeit solchen Gedankengutes ist schwierig darzustellen.

Guido Cocchi: Innerhalb des Preisgerichtes bildeten wir Gruppen, die sich in der ersten Jurierungsphase mit bestimmten Aspekten befassten. Eine Gruppe versuchte beispielsweise, den textlichen Inhalt der Konzepte auf einen Nenner zu bringen. Es war tatsächlich schwierig, den verwendeten technischen, psychologischen, soziologischen Jargon, der von Projekt zu Projekt verschieden war, überhaupt zu begreifen. Diese Gruppe setzte sich eingehend mit den Erläuterungsberichten auseinander, denn es wurden «Bücher» abgegeben, die eine beträchtliche Arbeit bezeugten. Es wurde versucht, aus der Menge der Texte das herauszunehmen, was neu war. Es fiel auch auf, dass vieles kopiert wurde, dass die schönen Slogans ein-

fach aus bestehender Literatur entnommen wurden, in manchen Fällen sogar ohne Quellenangabe. Herr Cohen gehörte der Gruppe an, die den Aspekt des Informellen bei den Projekten analysierte.

Victor N. Cohen: Es gab immer wieder Situationen, in denen die Fachexperten die Architekten beiziehen mussten, um auch ihre Interpretation einzelner Aspekte zu erfahren. So ergab sich im Preisgericht eine echte Wechselbeziehung. Für die Beurteilung haben wir dann spezifische Kategorien von Wertungen aufgestellt.

Yvonne Glennie: Das auftauchende Problem der Information wurde, als die Vorprüfung begann, vermutet. Es wurde deshalb der Entscheidung gefällt, viel mehr Zeit für die Vorprüfung der Projekte zu investieren, da zahlreiche Textbeiträge zu den einzelnen Arbeiten eine gründliche Überprüfung verlangt hätten.

«Sicherheit ist Integration» – ist das Provokation?

Ruedi Jost: Warum wurde die von der Gruppe Dr. Werner Geissberger vorgeschlagene «Alter-native» nicht ausgezeichnet? (Siehe S. 648.) Ich habe sie als die umfassendste Arbeit angesehen. Sie stammt auch von Leuten, die sich seit Jahren mit diesem Problemkreis intensiv auseinandersetzen. Und warum wurde die Provokation von Dr. Lucius Burckhardt nicht aufgenommen? (Siehe S. 650.)

Conrad U. Brunner: Ich finde es in diesem Kreis nicht angebracht, zu diskutieren, warum dieses und nicht jenes Projekt prämiert wurde. Bei der Teilnahme an einem Wettbewerb ist jedem bekannt, dass man sich einer Jurierung unterzieht, und eine Jurierung hat immer ein hohes Mass an Zufälligkeit. In diesem Zusammenhang geht es nicht darum, diese in Frage zu stellen, sondern zu beurteilen, was der Wettbewerb für ein Resultat gebracht hat.

Ruedi Jost: Ich bin trotzdem der Auffassung: Wenn eine Geldsumme für Ankäufe zur Verfügung steht, sollte man auch bereit sein, Kompromisse einzugehen, und mindestens die Provokation von Dr. Lucius Burckhardt beantworten.

Diego Peverelli: Ein paar Konzepte waren wertvoll, zum Beispiel der präzise formulierte Gedanke des Mietrechtes von Dr. Lucius Burckhardt, in dem es heisst, Integration verlange eine Voraussetzung, und diese werde durch die Erweiterung des Mietrechtes als soziale Sicherheit gegeben. Persönlich hätte ich diesen Beitrag auch honoriert. Positiv fand ich, dass das Preisgericht sich nicht von den verschiedenen «Geduldsspielen» der möglichen Kombinationen von Grundrisstypen irritieren liess. Das Ergebnis hat aber gezeigt, dass eine zu wenig mutige Jurierung stattgefunden hat, das Vertraute ist statt des problemorientierten Konzeptes hier geschätzt worden.

Die prämierten und angekauften Projekte

Das Preisgericht

Preisrichter:

Hans Braunschweiler, Dr., Präsident der Verwaltungsräte der «Winterthur-Unfall» und «Winterthur-Leben» (Vorsitzender des Preisgerichtes), Winterthur;
 Jacob Berend Bakema, Prof., Arch., Rotterdam;
 Ulrich Braun, Dr., Zentralsekretär der Schweizerischen Stiftung für das Alter, Zürich;
 Guido Cocchi, Arch. BSA/SIA, Lausanne;
 Victor N. Cohen †, Gockhausen ZH;
 Esther Guyer, Arch. BSA/SIA, Zürich;
 Ernst Huggerberger, Dr., Stadtrat, Vorsteher des Baudepartements, Winterthur;
 Jacques Jenny, Generaldirektor der Hypothek- und Handelsbank, Winterthur;

Heinrich Kunz, Prof., Arch. SIA, Leiter des Institutes für Hochbauforschung der ETHZ, Zürich;

Paul Schatt, Arch., Kantonsbaumeister, Zürich;

Meinrad Schär, Prof., Dr., Leiter des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich.

Ersatzpreisrichter:

Paul Aerni, Dr., Generaldirektor der «Winterthur-Unfall» (Stellvertreter des Vorsitzenden des Preisgerichtes), Winterthur;

Yvonne Glennie, Zentralstelle «Winterthur»-Modell Alter, Gockhausen ZH;

Rahel Hauri, Schweizerische Stiftung für das Alter, Zentralsekretariat, Zürich;

Luigi Snozzi, Arch. SIA, Locarno;

Peter Steiger, Prof., Arch., Zürich.

Die prämierten Projekte

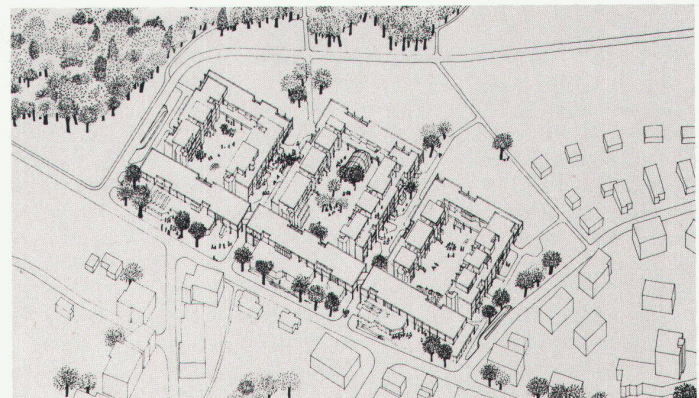
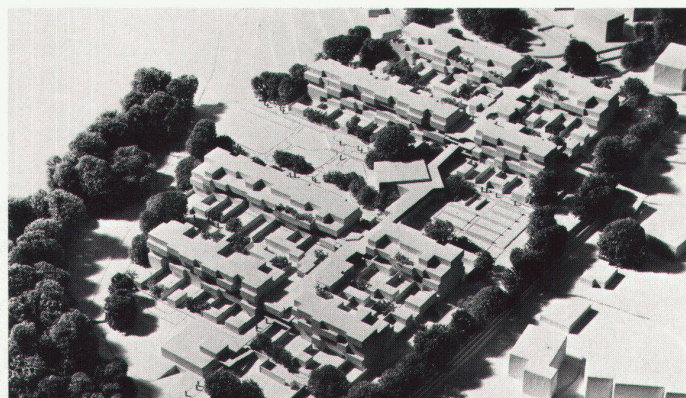
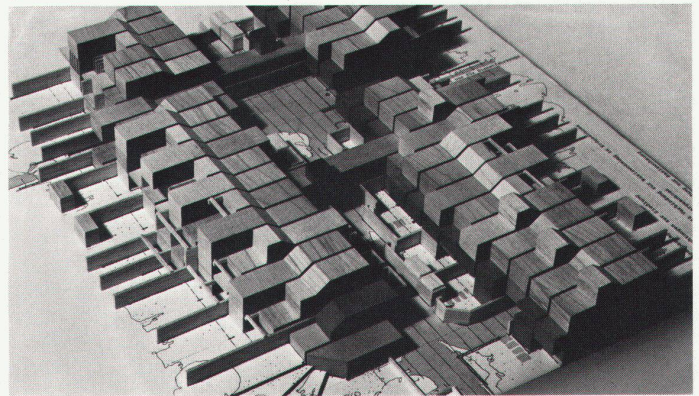
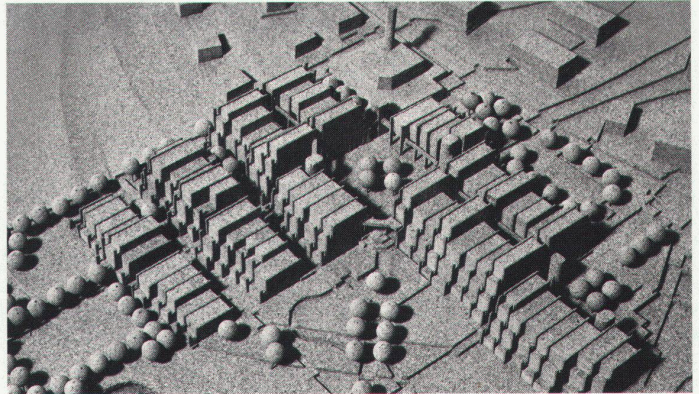
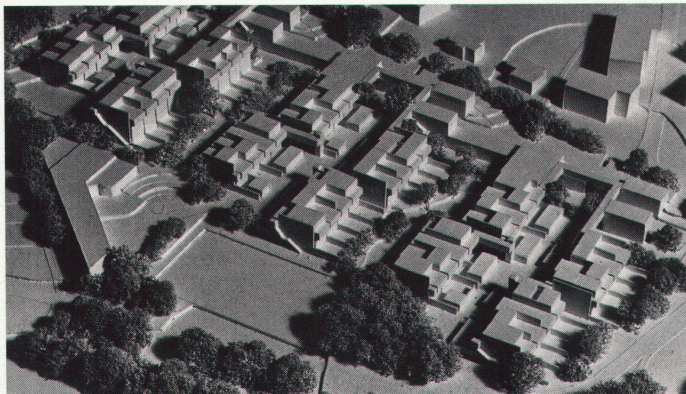
1. Preis: «SIM», T. Guggenheim, Fürsprecher, P. Haller, Dr. phil., Soz'planer, H. Jörg, Arch. SIA, F. Oswald, Arch. SIA, Prof. ETHZ, H. Ritter, dipl. Bauing., B. Sitter, Dr. phil., P. Fuhrer, dipl. Arch., Hinterkappelen BE;

2. Preis: «Lauben», H. Robert-Charrue, dipl. Arch., P. Rytz, Arch. HTL, W. Kurmann, Arch. HTL, Bern;

3. Preis: «Chamäleon», T. Wiesmann, dipl. Arch., N. Koromzay, Arch. SIA; Berater: Frau E. Schröder, Sozialarbeiterin, Dr. M. Hodel, Soziologe, Zürich;

4. Preis: «Kommunikation», N. Kuhn, Arch., J. Stahel, Arch., W. Fischer, Arch., R. Hungerbühler, Arch., Zürich;

5. Preis: «Zäme ha», Helfer Architekten AG,



E. Helfer, Arch. SIA, A. Ammon, Arch. SIA, H. Aebi, Arch. SIA, H. Liechti, Arch., P. Grosjean, dipl. Arch., A. Sturzenegger, dipl. Arch., Bern;

6. Preis: «Wohngemeinschaft», B. Schlagenhauf, dipl. Arch., R. Stirnemann, dipl. Arch., Zürich;

7. Preis: «Möglichkeit», Senn+Bill, Architekten, E. Elgart, Grenchen.

Die angekauften Projekte

1. Ankauf: «ASA», Arbeitsgruppe O. Aregger, Psychologe, P.F. Althaus, Kunstkritiker, A. Henggeler, Arch. HTL, F. Andry, Arch. SIA, G. Habermann, Arch. SIA; Architekturbüro O. Furter + A. Henggeler, T. Marti, Luzern, Architekturbüro Andry, Habermann, Remund, Biel;

2. Ankauf: «Mein Quartier ist unser Haus», Arbeitsgruppe Prof. A. Camenzind, Arch. BSA/SIA, Assistenten und Studenten ETHZ, Abteilung für Architektur, Zürich;

3. Ankauf: «Rot/Blau», W. Hunziker, Zürich, U. Schweizer, Bern, A. Stauber, Ittingen;

4. Ankauf: «Stöckli», R. Casetti, dipl. Arch., Zürich; Mitarbeiter: A. Alig, dipl. Arch., Lenzerheide GR;

5. Ankauf: «Macho», F. de Filippis, Arch., S. Caccia, Arch.; Mitarbeiter: L. Pagnamenta, A. Wismer, Montagnola TI.

Abbildungslegenden

zu den prämierten und angekauften Projekten

1) 1. Preis: «SIM», T. Guggenheim, P. Haller, H. Jörg, Prof. F. Oswald, H. Ritter, B. Sitter, P. Fuhrer. Modellaufnahme

2) 2. Preis: «Lauben», H. Robert-Charrue, P. Rytz, W. Kurmann. Modellaufnahme

3) 3. Preis: «Chamäleon», T. Wiesmann, N. Korumzay, W. Ziebold, E. Schröder, Dr. M. Hodel. Modellaufnahme

4) 4. Preis: «Kommunikation», N. Kuhn, J. Stahel, W. Fischer, R. Hungerbühler. Modellaufnahme, Ausschnitt

5) 5. Preis: «Zäme ha», Helfer Architekten AG, E. Helfer, A. Ammon, H. Aebi, H. Liechti, P. Grosjean, A. Sturzenegger. Modellaufnahme

6) 6. Preis: «Wohngemeinschaft», B. Schlagenhauf, R. Stirnemann. Isometrische Darstellung

7) 7. Preis: «Möglichkeit», Senn+Bill, E. Elgart. Modellaufnahme

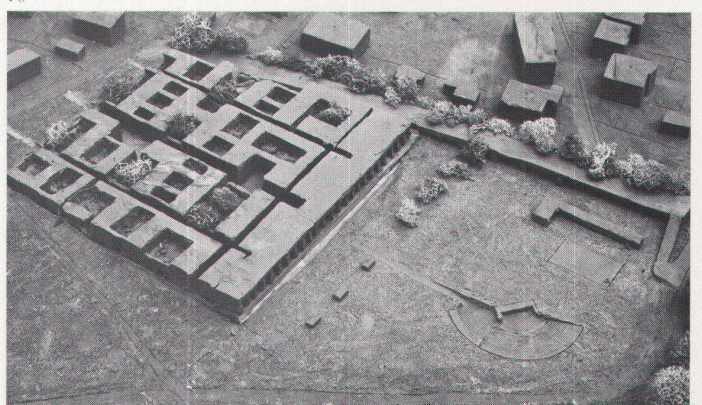
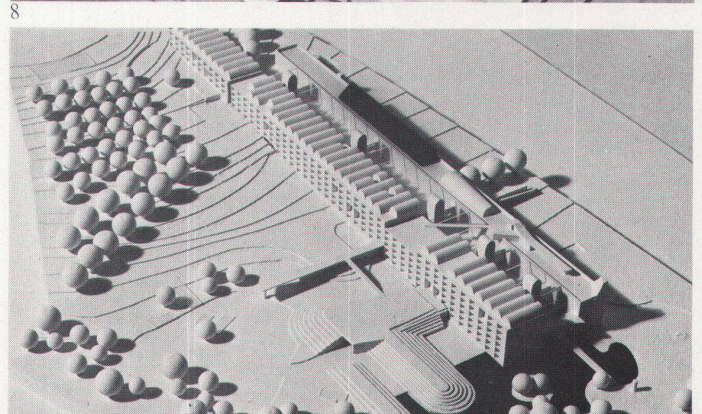
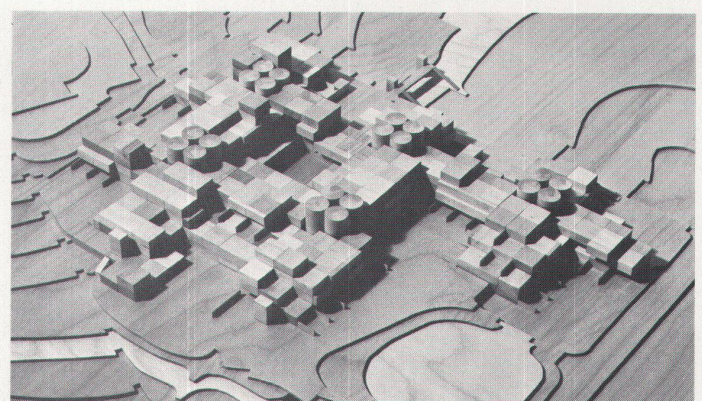
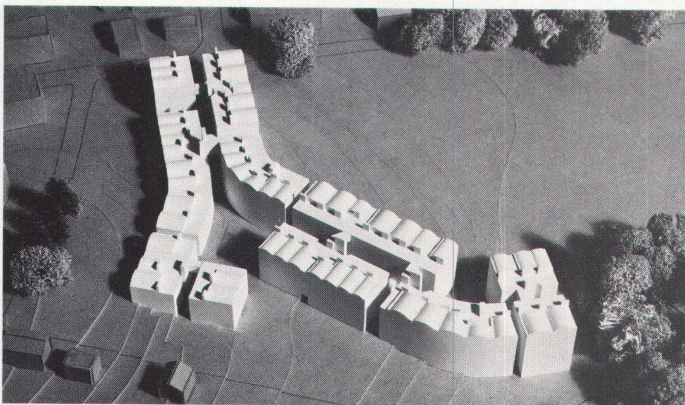
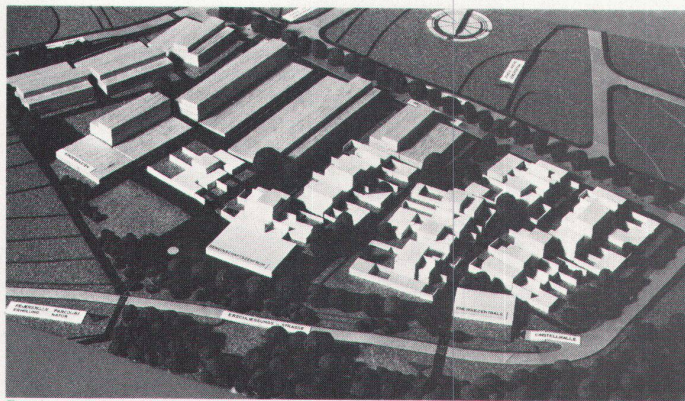
8) 1. Ankauf: «ASA», O. Aregger, P.F. Althaus, A. Henggeler, F. Andry, G. Habermann, Architekturbüro O. Furter + A. Henggeler, T. Marti, Architekturbüro Andry, Habermann, Remund. Modellaufnahme

9) 2. Ankauf: «Mein Quartier ist unser Haus», Arbeitsgruppe Prof. A. Camenzind, Assistenten und Studenten der ETHZ, Abteilung für Architektur. Situationsplan

10) 3. Ankauf: «Rot/Blau», W. Hunziker, U. Schweizer, A. Stauber. Modellaufnahme

11) 4. Ankauf: «Stöckli», R. Casetti; Mitarbeiter: A. Alig. Modellaufnahme

12) 5. Ankauf: «Macho», F. de Filippis, S. Caccia; Mitarbeiter: L. Pagnamenta, A. Wismer. Modellaufnahme



Das Programm

Von dem in übersichtlicher Form gegliederten und dargestellten sowie straff formulierten Programm geben wir, leicht gekürzt, die Abschnitte betreffend Ausgangslage, Zielsetzung, Anforderungen und Darstellung, Aufgabe, Randbedingungen des Wettbewerbs wieder.

Das Programm als Darstellung der Aufgabe und als Arbeitsinstrument war

Ausgangslage

Ein Merkmal unserer heutigen Wohn- und Siedlungsformen ist die Trennung der Altersgruppen in isolierte Einheiten. Im Laufe der normalen Lebenserwartung sind eine Reihe von Wohnformen zu durchlaufen, die jedesmal bei veränderten Familienverhältnissen eine Veränderung der Wohnsituation erfordern.

Zielsetzung

- Gesucht werden neue Siedlungs- und Wohnformen, die der Integration der Generationen (Eingliederung der Betagten in die Gesellschaft) förderlich sind.
- Der nutzbare Raum soll veränderbar sein: er soll den sich wandelnden Bedürfnissen der Bewohner immer wieder angepasst werden können.
- Bei der Entstehung wie auch an späteren Veränderungen sollen die Benutzer aktiv mitwirken können.
- Das gesamte Projekt muss kostengünstig realisiert werden können.

Anforderungen und Darstellung

Grundsätzliches

Je nach Art der Lösung – sei es die Darstellung von Ideen zum gesamten Themenbereich oder jene von detaillierten Vorschlägen zu Einzelthemen – werden auch Art und Umfang der Darstellung unterschiedlich ausfallen können. Dem Teilnehmer soll ein grosses Mass an Freiheit bei der Darstellung seiner Ideen gewährt werden.

Anforderungen

- Situationsplan der gesamten Überbauung mit Angabe der Ausbaustufen 1:500. Dieser Plan soll einen Vorschlag zu einem möglichen Vollausbau sowie die räumliche und zeitliche Dimensionierung der Ausbaustufen enthalten.
- Darzustellen sind: Wohnbauten, Gemeinschaftsanlagen, Arbeitsplätze, Verkehrserschliessung, Umgebungsgestaltung, Nachweis der Ausnutzungsziffer.
- Vorschlag zur Grundausrüstung mit Infrastruktureinrichtungen unter Angabe der Ausbaustufen für ein Teilgebiet der Überbauung in verbaler und zeichnerischer Form im Massstab 1:200.
- Vorschläge zur Baukonstruktion und zur Realisierung der einzelnen Bauvorhaben in Form von Text und Zeichnung.
- Nachweis der Veränderbarkeit der Raumbeziehungen, allfällige Kombinationsmöglichkeiten der Wohneinheiten und Veränderbarkeit der Nutzungsmöglichkeiten in Form von Text

und Zeichnung im Massstab 1:200.

- Darstellung der sozialen Organisation der Siedlung in Text und Bild hinsichtlich Individualbereich und Gemeinschaftsbereich, insbesondere der Kommunikationsmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Altersgruppen und der verschiedenen Altersgruppen untereinander im Blick auf die angestrebte Integration der Generationen.
- Darstellung der Preiswürdigkeit des Vorhabens.

Darstellung

Für die planliche Darstellung der Arbeiten steht jedem Teilnehmer eine Fläche von 1,2 m (Höhe) × 3,6 m (Breite) Ausstellungswand zur Verfügung. Bestandteile der Abgabe, die auf dieser Fläche nicht darstellbar sind, werden bei der Jurierung nicht berücksichtigt. Die Art der zeichnerischen Darstellung steht jedem Teilnehmer offen. Die Disposition der Pläne auf der Ausstellungswand muss aus einem Schema im Format A 4 ersichtlich sein. Erläuterungsberichte sind im Format A 4 abzufassen.

Jeder Teilnehmer darf höchstens zwei Modelle einreichen, wobei diese den Charakter von Arbeitsmodellen haben können. Die Modelle müssen mindestens im Massstab 1:500 oder grösser angefertigt werden.

Die Aufgabe

- Die Wettbewerbsaufgabe besteht in der Erarbeitung und Darstellung von Ideen und Konzeptionen für Wohn- und Siedlungsformen, die der Zielsetzung, Integration der Generationen, entsprechen. Dabei wird vor allem auf den innovativen Charakter der Lösungen Wert gelegt.
- Die Aufgabe überdeckt die Fachbereiche Planung, Bau und Ökonomie, die von den Teilnehmern auch interdisziplinär behandelt werden können. Der Beizug von Spezialisten ist erwünscht.
- Zudem wird besonders auf die umfassende Darstellung der Zusammenhänge der baulichen, planerischen, ökonomischen und sozialen Probleme Wert gelegt.

Bereich Planung

Erforderlich sind klare Aussagen zu folgenden Punkten:

- genereller Aufbau der Siedlung mit möglichem Vollausbau sowie der Ausbaustufen;
- Verkehrserschliessung;
- Gestaltung der Aussenräume;
- Disposition der Nutzungen im gesamten Siedlungsbereich;
- soziale Organisation der Siedlung (Individual- und Gemeinschaftsbereich).

durchaus gut. Da es sich um einen Ideenwettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen, Anregungen und Konzepten handelte, fehlten richtigerweise, für einmal, die üblichen Angaben quantitativer Natur, wie Anzahl und Bezeichnung von Nutzungsräumen sowie die entsprechenden maximal zulässigen Grössen der Volumen und Flächen.

Bereich Bau

Diese Aufgabe gliedert sich in drei Teilbereiche: Infrastruktur, Bauweise und Nutzung.

Infrastruktur: Erforderlich sind Aussagen über Art und Umfang der Infrastruktureinrichtungen. Durch die Erstellung einer Infrastruktur soll das nachfolgende Bauen erleichtert werden. Unter Infrastruktur kann hier verstanden werden: Zapfstellen für Energie, Wasser, Abwasser, Wärme usw., aber auch Parking, Luftschutz, Keller, Fundationen usw., sie kann aber auch bis zur Errichtung von Tragstrukturen gehen.

Bauweise: Erforderlich sind Aussagen über die Baukonstruktion und deren Realisierung. Zur Baukonstruktion sind folgende Punkte darzustellen: Art und Material der Tragstruktur und der übrigen Bauelemente. Zur Realisierung ist ein breites Spektrum denkbar, etwa konventioneller Hausbau, industrielle Bauweise, Selbstbau durch Benutzer oder Mischformen.

Die Selbstmöglichkeit soll

- a) den Haus- oder Wohnungsbesitz kostengünstiger machen, indem Eigenleistungen anstelle von Eigenkapital treten können;
- b) die Möglichkeit der Verwirklichung eigener schöpferischer Ideen der Bewohner im Rahmen des Gesamtkonzeptes geben.

Nutzung: Erforderlich sind Aussagen über Nutzung und Gestaltung der Bauten. Die Wettbewerbsteilnehmer müssen, um die Anwendung ihrer vorgeschlagenen Infrastruktur darzulegen, Beispiele und Anregungen für eine sinnvolle und vielfältige Benützung zeigen. Innerhalb des umbauten Raumes soll die Veränderbarkeit nach den veränderlichen Bedürfnissen und Ansprüchen der Benützergenerationen demonstriert werden.

Bereich Ökonomie

Erforderlich sind Erläuterungen der Preiswürdigkeit (Aufwand im Verhältnis zum Nutzen für die Bewohner).

Erwünscht ist die Erarbeitung eigener Vorschläge über die ökonomische Realisierung des Vorhabens (Finanzierungsmodell). Dabei sind Aussagen zu machen über Kosten des Landerwerbes, der Finanzierung und des Baues (Erstellung, Unterhalt, Erweiterung und Umbau der einzelnen Bauvorhaben und der Infrastruktur).

Randbedingungen

Der Wettbewerb findet auf einem fiktiven Grundstück von ca. 4 ha am Stadtrand von Winterthur statt. Winterthur

mit seinen bestehenden Dienstleistungen und Bauten dient dabei als Bezugsobjekt. Das im Situationsplan 1:500 dargestellte Grundstück ist kein reales Grundstück. Es stellt nur ein theoretisches Experimentierfeld dar; damit sollen Spekulationen im Hinblick auf eine allfällige Realisierung vermieden werden. Zudem soll die Tatsache manifestiert werden, dass die Ideen des Wettbewerbs standortunabhängig anwendbar sind. Die Lage des fiktiven Grundstückes an der Peripherie der Stadt stellt eine typische Situation für den Bau von neuen Wohnsiedlungen in städtischen Agglomerationen dar.

Die Grösse des zur Verfügung stehenden Grundstückes lässt neben Wohneinheiten auch andere Funktionen (zum Beispiel Gemeinschaftsräume, Arbeitsplätze, Einkauf, Kindergarten usw.) für den unmittelbaren Siedlungsbereich sinnvoll erscheinen. Die auf dem fiktiven Situationsplan angegebenen Dienstleistungen der Umgebung sind als vorhanden und unveränderbar in die Planung einzubeziehen.

Die geltende Rechtsordnung ist für die Frage der Realisierbarkeit massgebend. Indessen können die Vorschriften des Baugesetzes des Kantons Zürich und der Bauordnung der Stadt Winterthur nach Ermessen der Teilnehmer verändert werden. Die maximale Ausnutzungsziffer beträgt 0,6. Bestehende Entwürfe neuer amtlicher Gesetzesvorschriften können allenfalls in die Argumentation einbezogen werden.

Als Arbeitsannahme soll gelten, dass die vorgeschlagenen Lösungen innert 10 Jahren realisiert werden können.

Die Verteilung sowie Art und Grösse der Wohneinheiten sind dem Teilnehmer überlassen. Die Möglichkeit von Wohnungen für Familien mit Kindern und von Wohnungen für Alleinstehende und Behinderte muss gewährleistet werden.

Sowohl die vorgeschlagene Infrastruktur wie auch die individuellen Wohneinheiten sollen kostengünstig sein. Die Bandbreite von bescheidenem bis zu grosszügigem Ausbau soll dem Benutzer im Rahmen seines eigenen Ausbaus in hohem Masse selbst überlassen werden.

Die Entstehung der Siedlung kann in Etappen erfolgen. Die Etappierung von Infrastruktur, individuellen Wohneinheiten und Gemeinschaftseinrichtungen bleibt der Beurteilung der Teilnehmer überlassen.

Da es sich um einen Ideenwettbewerb auf einem fiktiven Grundstück handelt, können die ausschreibenden Gesellschaften keine Zusicherung für die Realisierung der vorgeschlagenen Lösungen geben. Ein Bauauftrag steht nicht in Aussicht.

Der Anhang

Dem Programm wurde ein Anhang beigelegt. Inhaltsteile des Dokumentes waren ein kurzgefasster Beschrieb des «Winterthur»-Modells Alter, die im Bericht 1972 des Expertengremiums formulierten Thesen zur Integration der Generationen, eine vorwiegend aus Illustrationen bestehende Dokumentation über zahlreiche, teils auf dem Markt vorhandene, teils nur entworfene Bauweisen sowie Literaturangaben.

Das «Winterthurer Modell» strebt Integration an. Es macht sich die Einsicht zu eigen, dass die Probleme der Betagten nicht isoliert behandelt werden können, sondern in die Gesamtheit der Probleme der Gesellschaft integriert werden müssen.

Integration setzt Gemeinschaft voraus. Diese wird definiert als Bevölkerungsteil, der in einer räumlichen, organisatorischen und emotionalen Beziehung zu einem bestimmten geographischen Raum steht.

Integration ist als eine Forderung der Gemeinschaft an den einzelnen wie auch als eine Forderung des einzelnen an die Gemeinschaft zu verstehen.

Die Leistung des einzelnen zur Erfüllung der Forderung der Gemeinschaft ist einerseits von seinen Fähigkeiten abhängig. Andererseits richtet sich die Leistung der Gemeinschaft an den einzelnen nach dessen Bedürfnissen.

Leistung und Bedürfnis des einzelnen in bezug auf die angestrebte Inte-

Die Idee des Programmanhangs ist als wertvoll zu betrachten. Vielleicht wäre für den Wettbewerbsteilnehmer anstelle des Dokumentationsteils über längst bekannte Bauweisen und Infrastruktursysteme eine Zusammenstellung von veröffentlichten Analysen bestehender Beispiele der Altersfürsorge aus dem In- und Ausland nützlicher gewesen.

Dem Anhang entnehmen wir die Thesen zur Integration.

gration sind nicht nur von seinem Alter abhängig. Ausschlaggebend sind vielmehr physischer, psychischer und sozialer Status.

Integration ist als Optimalisierungsprozess zu verstehen: die Forderung des einzelnen wie der Gesellschaft soll in einer vernünftigen Relation zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen.

Der Grad der Integration ist abhängig von

- räumlichen,
- organisatorischen (kommunikatori-

schen),

- baulichen (architektonischen),
- wirtschaftlichen,
- sozialmedizinischen und
- gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Aus: «Winterthurer Modell Alter, Berichterstattung und Vorschläge des Expertengremiums», Abschnitt «Plattform zur Arbeit des Expertengremiums am Winterthurer Modell Alter», ausgearbeitet im Auftrag der «Winterthur»-Unfall- und «Winterthur»-Leben-Versicherungsgesellschaften in Winterthur, 18. Dezember 1972

Schlussbemerkungen des Preisgerichtes

Der Beurteilung der einzelnen prämierten und angekauften Entwürfe folgt im Jurybericht eine Reihe von Schlussbemerkungen des Preisgerichtes zu verschiedenen Aspekten des Wettbewerbs, die wir hier in vollem Wortlaut wiedergeben.

Bewusst haben wir auf den auszugsweisen Abdruck der Projektkritiken verzichtet, nicht nur der angewendeten üblichen «Architektensprache» wegen, son-

dern auch weil sie eher formale Gesichtspunkte hervorheben. Zu den interessanten Schlussbetrachtungen des Preisgerichtes erlauben wir uns jedoch die Frage, ob diese, nach erfolgter erster Überprüfung der eingereichten Vorschläge, nicht vielmehr als allgemeine Prämissen zur Festlegung von Beurteilungskriterien hätten formuliert werden sollen.

Zur Art des Wettbewerbs

Gemäss Wettbewerbsprogramm handelte es sich einerseits um einen Ideenwettbewerb. Andererseits waren auch sehr konkrete Anforderungen zu erfüllen: Nachweis der Veränderbarkeit, der Preisgünstigkeit, der Nutzung usw.

Aus diesem scheinbaren Widerspruch zwischen erwünschtem Höhenflug und verlanger Wirklichkeitsnähe entstand ein eigentliches Spannungsfeld, das diesem Wettbewerb sein besonderes Gepräge gab.

Entsprechend ist das Ergebnis: Die überwiegende Zahl der Projekte bietet mehr oder weniger elaborierte Lösungen an. Eine Minderheit präsentiert eher Ideen, Vorstellungen, Systeme, Dankanstösse und Denkmodelle. Projekte der ersten Art sind vorwiegend unter den Preisträgern zu finden, Projekte der zweiten Art mehrheitlich unter den Ankäufen. Die für einen Wettbewerb dieser Art ungewöhnlich hohe Dotierung der Ankäufe zeigt, welchen Stellenwert die Jury auch dieser zweiten Art zuschreibt. Unter den prämierten und angekauften Arbeiten, aber auch unter einigen früher ausgeschiedenen finden sich solche, die sich kritisch mit der Ausschreibung auseinandersetzen. Die Jury hat diese Aussagen als notwendige Beiträge zum Wettbewerb anerkannt.

Zur «Integration»

In einem Anhang an die Wettbewerbsbedingungen wurde die vom Experten-

gremium des «Winterthurer Modells Alter» gewählte Interpretation dieses Begriffs wiedergegeben. Die meisten Teilnehmer haben sie tel quel übernommen und daraus Ansatzpunkte für ihre Planung gewonnen. Relativ gross ist aber die Zahl der Bewerber, die sich mit der vorgegebenen Umschreibung der Integration kritisch auseinandersetzen und ihr andere Betrachtungsweisen gegenüberstellen. Selbstverständlich sind solche Beiträge willkommen.

Anerkennung gebührt sicherlich jenen Bewerbern, die sich in intensiver Auseinandersetzung eigene Erkenntnisse erarbeitet und sie darzustellen gewusst haben. Kein Vorbehalt ist sicherlich jenen Autoren gegenüber angebracht, welche sich in die bestehende Literatur eingearbeitet haben und sie ausdrücklich zitieren. Einige Vorbehalte sind aber gegenüber jenen Projekten anzubringen, die sich zwar auf bekannte Literatur und Dokumentation abstützen, diese von ihnen benutzten Quellen aber nicht zitieren, vor allem dann, wenn keine Umsetzung ins Projekt erfolgt ist.

Zur Eingliederung der Betagten

Hier zeichnen sich verschiedene Auffassungen deutlich ab: Die grösste Zahl der Projekte streut die Wohnungen für Betagte gezielt oder willkürlich in den übrigen Wohnteil ein. Eine zweite Gruppe weist den Alten besonders für sie konzipierten Wohnraum zu – schafft aber bewusst Verbindungen zu

den übrigen Einwohnern der Siedlung. Oft erscheint diese Auffassung als «Stöckli»-Idee. Vereinzelt wird aber auch für eine deutliche Separation des Wohnraums der Generationen plädiert. Begründet wird dies damit, dass gleichgelagerte Interessen die Kontaktintensität fördern, Konflikte abbauen. Hier wird also Eingliederung eher als ein Nebeneinanderleben interpretiert.

Die Jury hat diese Auffassungen nicht gegeneinander ausgespielt. Sie hat viel eher zu prüfen gehabt, in welchem Masse die Umsetzung der vorgetragenen Auffassungen in Planung und Architektur gelungen ist.

Zur «Kommunikation»

Dieser Begriff wird von den Bewerbern in zwei verschiedenen Bedeutungen verwendet: einmal als materielle Verbindungen zwischen zwei Punkten – also Wege, Strassen, Plätze, Brücken usw. –, zum anderen aber im übertragenen Sinn: als Austausch von Informationen. Beide Anwendungen bestehen zu Recht. Unbestritten bleibt, dass beide Arten von Kommunikationen vorausgesetzt oder geschaffen werden müssen, um Integration zu fördern. Entsprechend werden in der überwiegenden Zahl der Projekte Kontaktzonen vorgeschlagen. Die Frage ist nur, welchem Zweck sie zu dienen haben. Hier begnügen sich viele Teilnehmer mit Andeutungen. Sie situieren «Aktivitäten», ohne sie näher zu definieren. Sie planen «Gemeinschaftsräume» – oft als halbprivate und halböffentliche

Zonen bezeichnet, ohne ihre Funktionen im Sinne der Integration zu umschreiben. Eine Minderzahl von Projekten aber hat sich intensiv mit diesem Kontakt- und Gemeinschaftsbereich befasst und sehr konzipis und anschaulich ihre Funktionen dargestellt. Die Palette der angebotenen Begegnungsstätten, Aktivitätszonen, zentralen und dezentralen Dienstleistungen ist erstaunlich reich.

Zur Darstellung der Projekte

Die Ausschreibung gewährte den Teilnehmern ein «groses Mass an Freiheit» Bei der Darstellung. Die meisten Bewerber hielten sich aber an bewährte Darstellungsarten. Einige wenige Ausnahmen sind bemerkenswert.

Interessant ist die Ausdrucksweise zum Hauptgegenstand «Integration». Nur eine kleine Zahl von Bewerbern fand eine überzeugende Verbindung von verbalen und visuellen Darstellungen, die den Zugang zu ihrem Konzept erleichtern. In den meisten Fällen hatte sich die Jury mühsam einen Weg durch wenig geordnete bildliche und sprachliche Aussagen zu bahnen. Ein üppig priessender Fachjargon (vor allem in den Bereichen der Psychologie und Soziologie) erschwerte den Zugang zu einigen sonst wohlgedachten Projekten.

Erstprämiertes Projekt «SIM»

Projektgruppe: Thomas Guggenheim, Fürsprecher; Dr. Peter Haller, Sozialplaner; Hans-Ueli Jörg, dipl. Arch. ETH/SIA; Prof. ETHZ Franz Oswald, dipl. Arch. ETH/SIA; Hans-Peter Ritter, dipl. Bauing. ETH; Dr. Beat Sitter; Pierre Fuhrer, dipl. Arch. ETH

Grundsätze

Integration der Generationen verwirklicht sich dann, wenn die verschiedenen Altersgruppen gegenseitig Dienstleistungen gewähren und beanspruchen.

Gemeinschaftliches Verhalten gründet auf den Vorteilen, die es dem einzelnen bietet. Diese Vorteile können sowohl ökonomischer wie auch nichtmaterieller Natur sein. Nichtmaterielle Vorteile haben auf lange Sicht auch ökonomisch günstige Folgen.

Kooperatives Verhalten setzt ausreichende Kompetenzen sowie Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für Einzelpersonen und Teilgruppen voraus. Seine Grundlage soll dadurch geschaffen werden, dass dem einzelnen in hohem Masse Verfügungsmöglichkeiten und Eigenverantwortung zukommen, die jedoch nur durch Vereinbarungen mit anderen voll ausgeschöpft werden können.

Vereinbarungen sollen sich in einem Rahmen treffen lassen, der baulich und organisatorisch eine überschaubare Einheit bildet und damit die Gelegenheit zur Identifizierung bietet. Die Organisationseinheit muss mit bestimmten Regelungs- und Handlungskompetenzen ausgerüstet sein und dem einzelnen die Chance eröffnen, seine Bedürfnisse zu befriedigen.

Der einzelne sowie die Gemeinschaft sollen weitgehend kontrollieren können, was sie als Gegenwert für ihre Investitionen erhalten.

Ein Arbeitnehmer mit dem für schweizerische Verhältnisse durchschnittlichen Monatseinkommen von ca. Fr. 2500.– soll ein Baurecht übernehmen und realisieren, das heisst Wohnungseigentum erwerben können.

Soziale Organisation

Hausgemeinschaft

Für jedes *Haus* (2 Geschosse mit Selbstbauzone plus Gartenzone) sollen eigentumsähnliche Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten

bestehen, die es erlauben, den wechselnden Bedürfnissen durch bauliche Massnahmen Rechnung zu tragen.

Das *Haus* ist für 6 Personen ausgelegt und umfasst 180 m² BGF (30 m² BGF/Person). Dabei ist die bauliche Realisierungsreserve in der Selbstbauzone nicht mit eingerechnet.

Die Wohnfläche des *Hauses* kann in 1 bis 4 autonome Haushaltseinheiten aufgeteilt werden. Diese Haushalte bilden eine *Hausgemeinschaft*.

Hofgemeinschaft

32 Hausgemeinschaften werden baulich und organisatorisch zu einer Verwaltungseinheit vom Typ «Eigentümerversammlung» zusammengefasst.

Als bauliche Einheit soll sie einen *Hof*, als Körperschaft eine *Hofgemeinschaft* bilden.

Die 4geschossigen Doppelhaushaltungen stehen in einem direkten Bezug zum gemeinsamen Aussenraum des *Hofes*: zur verkehrsfreien Sackgasse und zum parkähnlichen Gartenbereich. Gemeinschaftliche Anlagen wie Waschsalon, Zivilschutzraum mit Mehrzweckfunktion unterhalb des zentralen Platzes, Geräteräume usw. sind dem *Hof* zugeordnet.

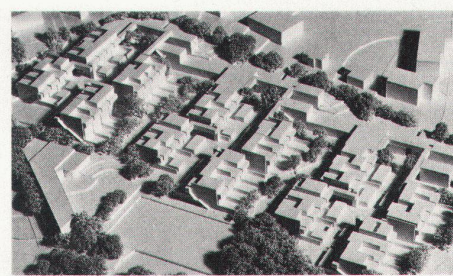
Diese Basiseinrichtungen sowie Ausbaureserven (Selbstbauzone; Geschossflächen über Autoeinstellplätzen) ermöglichen es, gemeinschaftliche Einrichtungen nach Bedarf zu erstellen oder durch Nutzungsumlagerungen zu gewinnen: zum Beispiel Versammlungsraum, Kantine, Kinderhort, Werkstatt. Die variablen Zuordnungs- und Nutzungsmöglichkeiten erlauben es, nach Bedarf Arbeitsplätze einzurichten: zum Beispiel Praxisräume, Ateliers, kleine immissionsfreie Betriebe, Büros, Räume für Heimarbeit.

Siedlungsgemeinschaft

3 Hofgemeinschaften machen die *Siedlungsgemeinschaft* aus.

Im Norden durch eine «Stadtmauer» abgegrenzt, öffnen sich drei Gassen gegen Süden. Jede führt über einen Hofplatz hinaus in die Allmend, deren Ausläufer gegen Norden zurück die drei Höfe voneinander trennen und doch zugleich einheitlich umfassen.

Die «Stadtmauer» beherbergt die aus Kostengründen oberirdisch angelegten Parkplätze und bietet überdies Raum für Reduits. Sie dient



als Fundament für Gemeinschaftsräume. Auf mittlerer Höhe säumen Laubengänge die gegen Norden optisch abgeschlossenen Gassen; sie verdeutlichen die Einheit der Hofgemeinschaft. Um den Hofplatz gruppierte zentrale Liftanlagen verbinden die verschiedenen Ebenen. Gassen, Plätze und Laubengänge laden zur Begegnung ein; die Gärten auf Höhe des gewachsenen Terrains oder auf dem Dach ermöglichen Verweilen draussen und dennoch im Privaten.

Rechtliche Verhältnisse

Der Genossenschafter

Er ist beteiligt an den Grundsatzentscheiden der Siedlungsgemeinschaft, wirkt mit bei den Beschlüssen der Hofgemeinschaft und ist schliesslich Herr im eigenen Haus.

Er ist Baurechtsberechtigter an einer oder mehreren Haushaltseinheiten, entweder als alleiniger Baurechtsberechtigter oder gemeinsam mit einem oder mehreren weiteren Berechtigten.

Er hat gegenüber der Hofgemeinschaft Anspruch auf seinen Anteil Selbstbauteil und Garten.

Er ist verpflichtet, zwecks Realisierung der Bauten mit einem oder mehreren weiteren Baurechtsberechtigten Verträge zur Begründung von Miteigentum oder Stockwerkeigentum abzuschliessen.

Die Hofgemeinschaft

Sie ist das wichtigste Organ der Genossenschaft mit weitgehender Selbständigkeit in Entscheidungen, welche die engere Gemeinschaft des Hofes betreffen.

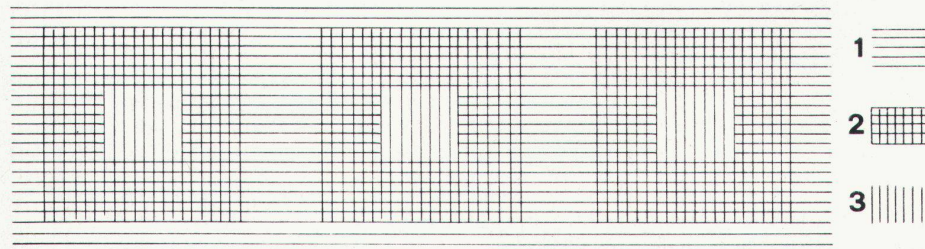
Sie weist die Nutzung an den Selbstbau- und Gartenanteilen vertraglich den Bewohnern zu.

Sie verwaltet und unterhält die den Bewohnern einer Hofgemeinschaft dienenden gemeinschaftlichen Anlagen sowie die Selbstbau- und Gartenanteile, die nicht von einem Genossenschafter beansprucht werden.

Die Siedlungsgemeinschaft

Sie ist die Gesamtheit der Genossenschafter. Ihre Generalversammlung fasst die Grundsatzbeschlüsse, die Verwaltung die Zweckentscheidungen, und ein Sachverständigenausschuss mit weitgehenden Kompetenzen übernimmt die Ausführung.

Sie ist Grundeigentümerin. Die allen Bewohnern dienenden Anlagen verwaltet sie selbst, der Hofgemeinschaft überträgt sie Verwaltungsrechte, und mit den Genossenschaftern schliesst sie Baurechtsverträge ab.



Schema der Eigentumsverhältnisse

1 Eigentum der Genossenschaft: von ihr verwaltet

2 Eigentum der Genossenschaft: Die Hofge-

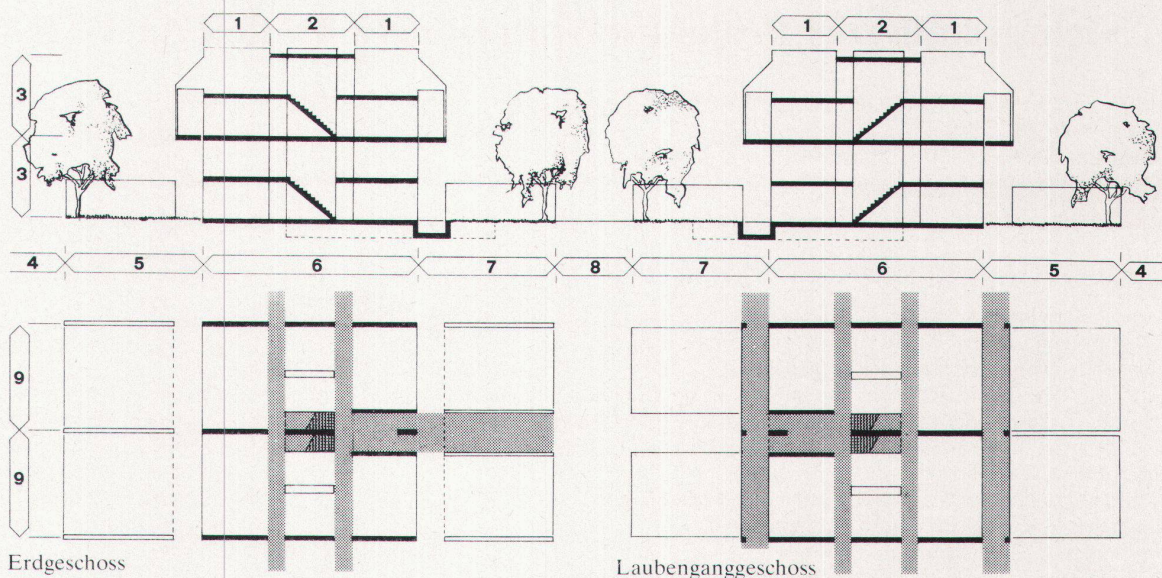
meinschaft weist Nutzung zu und verwaltet gemeinschaftliche Anlagen

3 Baurecht der einzelnen Genossenschafter: Unter sich bilden sie, soweit nötig, Stockwerkeinheiten

Siedlungsform

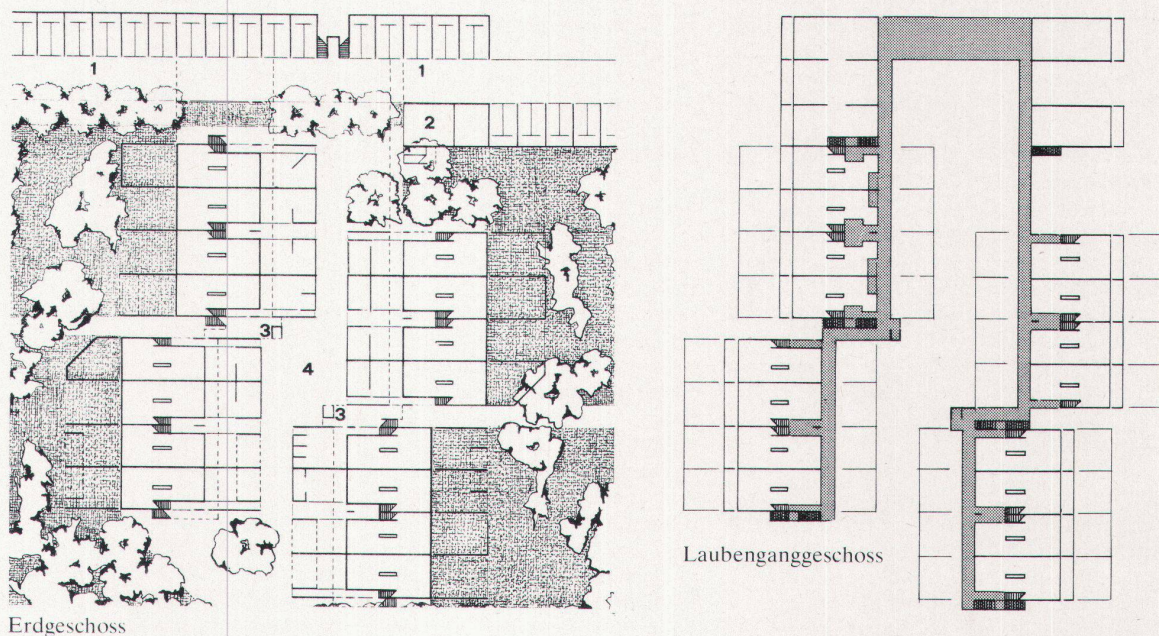
Haus

- 1 Selbstbauzone
- 2 Erschliessungskern
- 3 Haus
- 4 Grünzone
- 5 Gartenzone, 9 m
- 6 Haus, 13,80 m
- 7 Selbstbauzone, 9 m
- 8 Gasse
- 9 Haus, 6,90 m

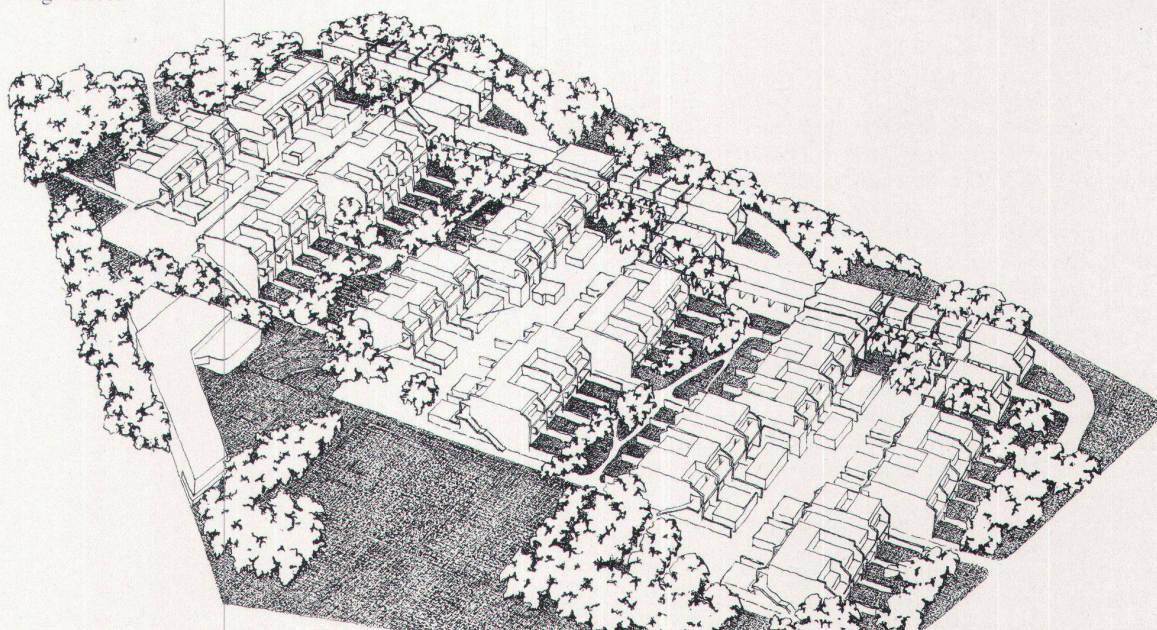


Hof

- 1 Einstellplätze
- 2 Wäscheraum
- 3 Lift
- 4 Hofplatz



Siedlung



Nichtprämiertes Projekt «Winterthurer Modell ALTER-NATIVE»

Arbeitsgruppe: Dr. Werner Geissberger, Soziologe; René Meierhofer, Architekt; Giovanni Scheibler, Architekt ETH; Marcel Thoenen, Architekt SIA

Ausgangspunkt

Die neuen Quartiere sind Leergehäuse ohne soziale Beziehungen. Durch die Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft und die zunehmende Ökonomisierung der Dienstleistungen und der mitmenschlichen Beziehungen stösst die Geldwirtschaft mit ihren Verhaltensregeln in den Intimbereich des Menschen vor. Eine Industriegesellschaft, die ihre Gesellschaftsstruktur auf der Kleinfamilie aufbaut und durch den technologischen Fortschritt eine immer extremere Arbeitsteilung erzwingt, muss mit zwingender Logik die gewachsenen Siedlungsstrukturen zerstören. Anfälligkeit weiter Volkskreise und Abhängigkeit des einzelnen vom Wohlfahrtsstaat sind die Folgen. Die Kleinfamilie erweist sich als ein derart schwaches Netz, dass das Individuum bei jeder Abweichung von der Norm der Leistungsgesellschaft – der Betagte, Kranke, Invalide, sozial Geschwächte oder Geschädigte, ausgeflippte Jugendliche, das Kind einer arbeitenden Mutter – ins Leere fällt und vom staatlichen Fürsorgeapparat kostspielig und dennoch notdürftig aufgefangen werden muss. Die Problemüberlastung des Staates wächst mit der Zahl der Menschen, die er abschreibt. Die zerstörte Siedlungsstruktur ist ein Spiegelbild der zerstörten mitmenschlichen Kommunikation.

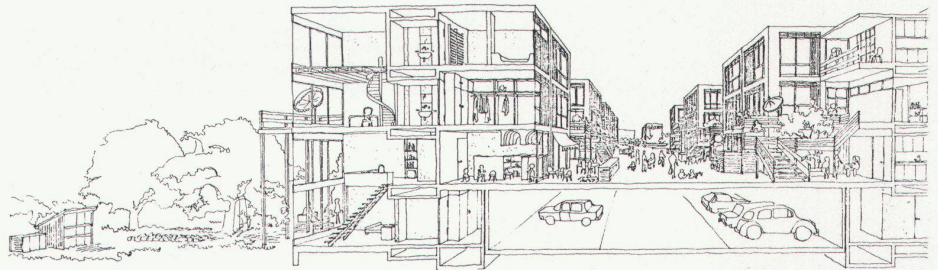
Gesellschaftspolitik

Betagte, Kranke und andere Randgruppen werden nicht als Ärgernis der Leistungsgesellschaft gedanklich beiseite geschoben, sondern in den Lebenskreis der aktiven Bevölkerung einbezogen und damit selber aktiviert.

Durch das «Prinzip der Kleinen Netze» soll das Zusammengehörigkeitsgefühl einer übersichtlichen Gemeinschaft in ihrem täglichen Leben an ihrem Wohnort gefördert werden. Das «Kleine Netz» umfasst eine überschaubare Gruppe von Menschen, die in konventionellen Familien zusammenleben, doch lassen sich Einzelpersonen oder Wohngemeinschaften mühelos in das Kleine Netz eingliedern. Kleine Netze können beliebig dicht gestreut werden. Mehrere funktionsfähige Kleine Netze werden zu einem Quartiernetz verbunden, das im Sinne der alten Dorfgemeinschaft die Infrastruktur des Quartiers trägt und belebt.

Die Kleinfamilien- und Eigenheimmentalität ist grundsätzlich in Frage zu stellen. Unser Modell versucht eine Gegenbewegung einzuleiten und einen Lebensstil im Zeichen der Solidarität vorzuleben. Neue Beziehungsfelder werden geschaffen durch

- Zusammenleben aller Altersstufen, keine Abgeschobenen,
- soziale Durchmischung des Quartiers,
- Teilzeitarbeitsmöglichkeiten und Betreuungsaufgaben auch für Mütter, «Grüne



Witwen», Betagte, Invalide, übrige Randgruppen. Die üblicherweise Betreuten helfen bei der Betreuung mit.

Ökonomie

Die hohe Produktivkraft (Technologie) sowie die Rationalisierung der Massenproduktion und der Verwaltungsabläufe (Computer) ermöglichen innerhalb gewisser Grenzen gezielte Verschiebung des Einsatzes der Arbeitskraft. Durchdachte Experimente zur Verbesserung der Lebensqualität können ohne Existenzangst gewagt werden. Dies gilt insbesondere für die Schweiz, wo pro Bewohner weltweit der grösste Einsatz in der arbeitsteiligen Wirtschaft geleistet wird. Es ist möglich, die von der Wirtschaft geforderte Arbeitslast zu reduzieren und die gewonnene Zeit für soziale Aktivitäten im Quartier einzusetzen.

Wenn man von einem realistischen, unter den Bedingungen der heutigen Wirtschaftsstruktur zu verwirklichenden Grundmuster ausgeht, ist anzunehmen, dass in der üblichen Kleinfamilie ein Elternpaar zwei Kinder betreut. Höhere Anforderungen werden durch das kleine Netz an die Familie gestellt. Ein Elternpaar trägt hier für eine zusätzliche Bezugsperson die Verantwortung. Trotzdem könnte etwa ein Drittel der Quartierbewohner ihre Arbeitskraft der arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stellen und dadurch die finanzielle Grundlage der Quartiergemeinschaft sicherstellen.

Mindestens ein Viertel der Arbeitsplätze befinden sich im Quartier. Die heutigen Kommunikationsmöglichkeiten machen für eine Fülle von Arbeitskräften die Kasernierung in den Bürohäusern der City überflüssig.

Zum Aufbau eines lebendigen Quartiers und zur Intensivierung mitmenschlicher Kontakte braucht es Gemeinschaftseinrichtungen: Quartier-Sozialzentrum, Basis-Gesundheitsdienst, Kindergarten/Kinderhort, Bibliothek/Information.

Nach unseren Berechnungen können diese Gemeinschaftseinrichtungen durch einen Mietausgleich von 3% getragen werden. Weitere Quartiereinrichtungen können auf genossenschaftlicher oder privatwirtschaftlicher Basis betrieben werden: Gaststätte, Quartierladen, Werkstatt.

Lebensqualität

Das alte Ideal einer fleissig und gedankenlos nach vordergründig ermittelten Renditekrите-

rien vor sich hin produzierenden Gesellschaft, welche ihre ungelösten Probleme getrost einem überforderten Staat aufbürdet, ist getrübt und als Leitbild unbrauchbar geworden. Geistig und materiell sind heute die Voraussetzungen für eine qualitative Verbesserung der Lebensbedingungen in unserem Land gegeben. Lebensqualität bedeutet: Selbstverwirklichung des einzelnen in der Gemeinschaft, Arbeit als sinnvolle schöpferische Aktivität, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Befreiung des Individuums und der Kleinfamilie aus ihrer Isolierung. Wohnraum und Siedlungsstruktur können zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen, wenn sie als Katalysator zur Belebung der Kontakte wirken und damit die emotionale Zustimmung zur Umwelt fördern.

Kommunikatives Wohnen

Die Elemente eines kommunikativen Wohnungsbaus innerhalb der Siedlungsstruktur sind:

- Wohnen als ganzheitliche Tätigkeit, Wohnen–Arbeit–Erholung, Selbstentfaltung und Geborgenheit;
- Rücksicht auf die Bedürfnisse der Betagten,

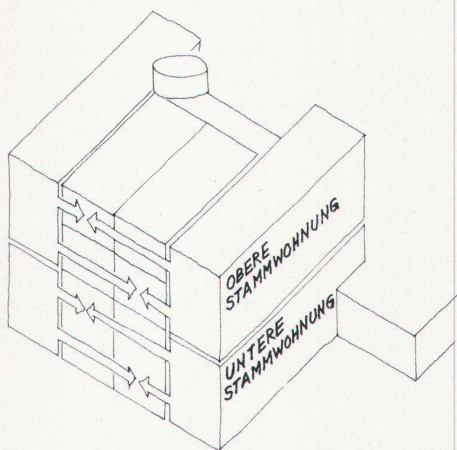


der Kinder und anderer Randgruppen, Integration der Generationen, Nestwärme und Sicherheit;

- erlebnisreiche Freiräume, Garten, Spielfeld, Feuerstelle, Sitzplätze;
- Leben in Kontrastsituation, Wahrnehmungsfeld und Mischzone des privaten und des öffentlichen Bereichs;
- Angebot von nicht nutzungsgebundenem Aussenraum, überdachte Plätze, Kontaktflächen, Schöpfl.

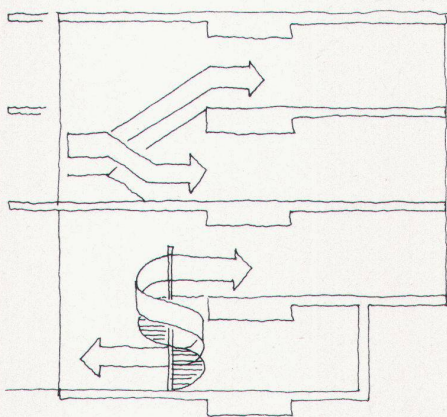
Die Elemente eines kommunikativen Wohnungsbaus innerhalb der Wohnstruktur sind:

- veränderbare Wohnungsgrösse;
- Ermöglichung verschiedener Wohnformen;
- freie Nutzungsbestimmung der Räume.



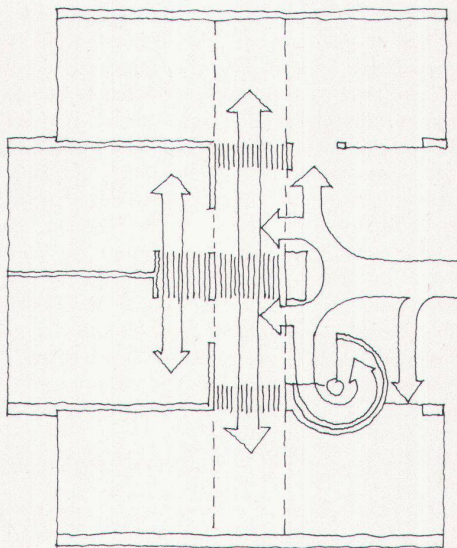
Die wechselnden Bedürfnisse der wachsenden und der kleiner werdenden Familie und Wohngruppe können ebenso befriedigt werden wie die Absicht des Grosis, sich in seine Wohngasse, in seine vertraute Umgebung, ins «Stöckli» zurückzuziehen (Abtrennung einer Einzimmerwohnung von der bisherigen Familienwohnung). Durch Kombination verschiedener Wohneinheiten ist sogar die Wunschwohnung für eine Wohngemeinschaft herbeizuzaubern. Die Wohneinheiten sind kombinierbar

in vertikaler Richtung: Die Zweigeschossigkeit der Stammwohnung verdoppelt die horizontalen Zuordnungsmöglichkeiten im Vergleich zur Etagenwohnung. In der gartenseitigen Zone der Stammwohnung (Maisonnette) ist der Ein-

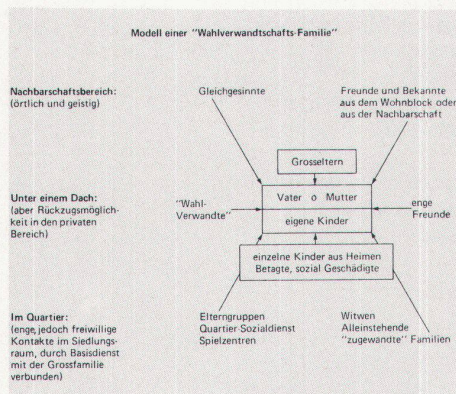


bau einer Zwischendecke oder einer Galerie möglich. Persönliche Wohnvorstellungen können verwirklicht werden.

in horizontaler Richtung: Trennelemente, Nasszellen, Schränke, Wände können in einer vorgegebenen Zone verschoben werden. Neue Raumfolgen entstehen, die Wohnungsgrösse verändert sich.



Modell einer «Wahlverwandtschaftsfamilie»



Die Wahlverwandtschaftsfamilie gibt dem einzelnen eine Wahlchance. Während die vorindustrielle Grossfamilie (Abhängigkeit durch Blutsverwandtschaft oder Brotkorb) gewissermassen eine Zwangsgemeinschaft war, ist hier die Sympathiebezeugung die Antriebskraft, auf der eine gegenseitige Loyalität beruht. Denn unser Modell, vom Wissen um die Schwächen der üblichen Kleinfamilie und der Unstabilität der Wohnkommune geprägt, kann nur in einer «offenen Gesellschaft» funktionieren, in welcher der einzelne, seiner Persönlichkeitsstruktur entsprechend, die ihm gemässe Familienstruktur wählen oder mitformen kann (Paarbeziehung oder Gruppenbeziehung dominiert).

Bei der Untersuchung verschiedenartiger Experimente zum Aufbau kontaktreicher Gemeinschaften kann nachgewiesen werden:

Wohnkommunen sind Gemeinschaften auf Zeit. Längeren Bestand haben nur jene Gemeinschaften, deren Angehörige nicht nur zu-

sammen leben, sondern einen Teil ihrer Subsistenz gemeinsam erarbeiten.

Den Alltag erleben

Anstiftung zum Nachdenken über den Sinn von Architekturwettbewerben

Gesucht werden Siedlungs- und Wohnformen, «die der Integration der Generationen förderlich sind» und zudem den Benützern erlauben, «bei der Entstehung wie auch bei späteren Veränderungen aktiv mitwirken zu können». So die Zielsetzung des Wettbewerbs.

Bei der Lösung beider Probleme spielt jedoch die Architektur eine untergeordnete Rolle, da die gebaute Umwelt wenig Einfluss auf das soziale Verhalten, die Kommunikation und die Aktivität des einzelnen auszuüben vermag. Gewiss, schlechte Architektur kann menschliche Kontakte erschweren, gute Architektur aber die Bereitschaft zur Kommunikation kaum wesentlich aktivieren. Denn das Auseinanderleben und Nebeneinanderleben der Menschen in Stadtrand-siedlungen ist eine Konsequenz der durch den Industrialisierungsprozess bedingten extremen Arbeitsteilung. Zur Trennung von Produktion und Konsum gesellt sich die Einteilung in Klassen und Einkommen (Einfamilienhaus für Besitzer, Wohnblock für Mieter). Es ist eine Illusion zu meinen, durch einen noch so gekonnten und durchdachten kommunikativen Wohnungsbau (Schlagworte: Flexibilität und offene Kommunikationswege) könne die Integration des Menschen in der Vorortssiedlung wesentlich gefördert und seine Kontaktlosigkeit überwunden werden. Darum blieben unsere Wohngassen und Gemeinschaftseinrichtungen bloss Architekturstaffage, wenn wir nicht an einem konkreten gesellschaftspolitischen Modell nachweisen könnten, welche zusätzlichen Bedingungen zu erfüllen sind, damit ein Quartier zum Leben erwacht. Der deprimierende Befund über die Kontaktlosigkeit der Menschen in unserer Siedlungslandschaft beweist, dass nur durch eine Veränderung des Lebensstils das Wettbewerbsziel erreicht werden kann. Blosser Architektur genügt nicht mehr.

Die Basis, auf der die Bauten unseres Quartiers stehen, bilden demnach Analysen über Möglichkeiten und Grenzen der Quartierdemokratie, Untersuchungen über die Verhaltensmuster der typischen Kleinfamilie und der Randgruppen, Beobachtungen und Erfahrungen über das Zusammenleben in der Gruppe und in der Wohngemeinschaft. Bei der Ermittlung der möglichen Arbeitsplätze im Wohnquartier und bei der Einschätzung jenes Spielraums, der uns bleibt, um den Arbeitsrhythmus zu ändern, stützen wir uns auf realistische ökonomische Berechnungen.

Gewiss stellt unser Modell gedanklich einen ersten Schritt zu einer Veränderung unseres Wirtschaftssystems und unseres Lebensstils dar, die ja – vom Standpunkt des Ressourcenverschleisses und der Umweltbelastung aus betrachtet – ohnehin problematisch geworden sind. Doch ist unser Vorschlag mit einiger Phantasie auch unter den heute gegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Voraussetzungen jederzeit zu verwirklichen.

Integration ist Sicherheit, ist Integration

Nichtprämiertes Projekt «Sicherheit»

Projektgruppe Gesamthochschule Kassel: Rolf Beckmann, Rolf Brüdern, Lucius Burckhardt, Raymond Gröne, Jörg Karollus, Klaus König, Jochen Scheibner, Fritz Schumacher, Kassel und Basel

Durch Worte und mehr noch durch Illustrationen hatte die Ausschreibung des Winterthurer Wettbewerbs für die Integration von Altenwohnungen in eine vorstädtische Bebauung zur Einreichung von technischen Utopien angeregt. Prämiert wurde schliesslich ein realistisches Projekt, so realistisch, als habe der Delegierte für Wohnungsbau selber daran mitgewirkt. Uns scheint, dass weder Utopismus noch Realismus die richtigen Wege

sind, zu neuen Ideen auf dem Gebiet der Altenversorgung zu kommen: die hier und heute notwendige Innovation liegt auf dem Gebiet neuer Organisationsformen und entspringt sozialer, nicht technischer Phantasie.

«The way to house old people is not to house old people but to house not old people.» – Dieser Satz aus der Zeitschrift New Society führte uns auf die Spur. Gesucht ist eine Wohnform für «Nichtalte», die – ausserhalb des käuflichen Grundeigentums – zu einer sicheren Alterswohnung in der gleichen Siedlung führt. Dabei muss für das alte Problem der im Laufe der Jahre wachsenden und wiederum schrumpfenden Familie sowohl eine bauliche wie auch eine organisatorische Lösung gefunden werden. Baulich heisst das: ein

vielfältiges Angebot bei einer reduzierten Zahl von Wohnungstypen; und organisatorisch: Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten im Hinblick auf ein erweitertes Mietrecht.

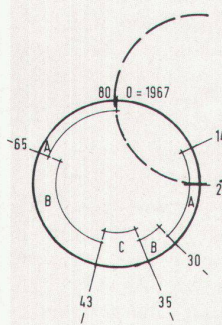
Normalerweise baut man Wohnungen für Normalfamilien: für Ehepaare mit Kindern. Zwar passen kaum 50% der Haushalte in dieses Schema, aber... man kann ja ausziehen! «Sicherheit» bedeutet: Welche Veränderungen durch Wahl oder Schicksal eine Haushaltung auch erleidet, sie kann innerhalb der Siedlung eine passende Kombination von Wohnungen und Zimmern finden. Diese Vielfalt wird durch einen «Baukasten» aus drei untereinander kombinierbaren Wohnungstypen, A, B und C, bauseitig ermöglicht.

Organisationsseitig braucht das

System Elemente der Sicherheit und der Mobilität: Sicherheit bietet der Grundmietvertrag, der von Anfang an die Alterswohnung beinhaltet; Mobilität erzeugen die Zusatzverträge sowie der ökonomische Anreiz, diese bei einer Haushaltsverkleinerung auszunutzen. Emanzipatorischen Charakter hat die A-Wohnung, wenn sie für heranwachsende Kinder verwendet wird: sie ist sowohl baulich wie auch rechtlich autonom.

Das System funktioniert nur, wenn die üblichen Schwankungen im Altersaufbau von Neusiedlungen vermieden werden: neue Bewohner werden so ausgesucht, dass sie die Bevölkerungsstruktur ergänzen.

Das Beispiel "Fritzli Meier", 23.08.67



- 1987 Bis zur Volljährigkeit lebt Fritzli Meier im Kreis der Eltern, ab 14 in einer angekoppelten A-Wohnung.
- 1987 tauscht er seinen GMVZ gegen einen GMV; er mietet seinen A-Typ selber.
- 1997 Mit Gründung einer Familie (Eltern+2 Kinder) vollzieht sich der Wohnungswechsel in eine B-Wohnung. (ZMV 1)
- 2002 Fritzli Meier gehört zu den 2%, die einen ZMV 2 schließen und in eine Wohnung vom Typ C ziehen.
- 2010 Fritzli Meiers ziehen in einen Typ B, ZMV 1
- 2032 er erreicht das Pensionsalter und beansprucht seine kostenlose A-Wohnung.

Grundmietvertrag - Sicherung der Alterswohnung

Vermieter: Winterthur Wohnen, gegr. 1975

Mieter: *Fritz Meier* geb. 1940

Mietgegenstand: 43 m² in der Siedlung "Fiktiv" in Winterthur plus Anteil an den Gemeinschaftseinrichtungen

Mietpreis:

Der Mietpreis einschliesslich der Vorauszahlung für Wohnrecht im Alter beträgt für den im 36. Altersjahr stehenden Mieter Fr. monatlich Fr.

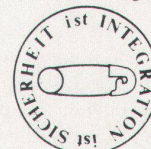
Der Vermieter erklärt sich bereit:

- Dem Mieter und seinem Gatten vom Jahre 2005 an eine Alterswohnung von 43 m² lebenslang und mietfrei zu überlassen. (Oder auf Wunsch der Mieter eine mietbegünstigte Wohnung von 87 m²) oder auf Wunsch des Mieters die Kapitalsumme von Fr. 40'000.-- auszuzahlen.
- im Invaliditätsfall einen Pflegezuschuss zu leisten
- beim Todesfall des Mieters vor dem Jahr 2005 dem Ehegatten sogleich die Alterswohnung oder auf Wunsch der Begünstigten die vorgesehenen Ersatzleistungen zu überlassen

Die Wohnrechte sind im Grundbuch abgesichert.

Der Mieter:

Fritz Meier



Der Vermieter:

Winterthur

3-Zimmerlois

Per sofort oder nach Uebereinkunft am Wasenring 90/94 mit allem Komfort (Bad mit Doppelwasbe, sep. WC, Küche mit Geschirrspülmaschine, Spannteppiche in allen Wohnräumen, erstklassige Schallisolierung) ausgestattet.

3-Zimmer-Wohnungen

81 m², ab Fr. 870.- Autotelefonplätze à Fr. 100.-

Auskunft, Besichtigung und Vermietung durch Herrn Derendinger, Telefon 061/22 66 88 Intern 22

4621 03-924 2078/145

Winterthur Siedlung Fiktiv

Uns fehlt

für:

Wohnung 87m²

Küche, Bad mit gem.-Einricht.

ein:

jüngeres Paar mit 1-2 Kindern

Anfragen an die Selbstverwaltung der Siedlung 01/49 75 67

Reinach, an prima Lage, «Surbaum»

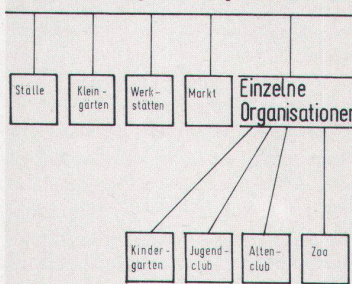


▲ Um die richtige Bewohnerstruktur zu erreichen, werden die neuen Mieter gezielt gesucht

► Unser eingereichtes Modell: ein Flipperkasten. Der Weg der Kugel simuliert jeweils einen möglichen Durchlauf einer Haushaltung durch die verschiedenen Wohnsituationen der Siedlung; das Resultat erscheint auf der Leuchttafel

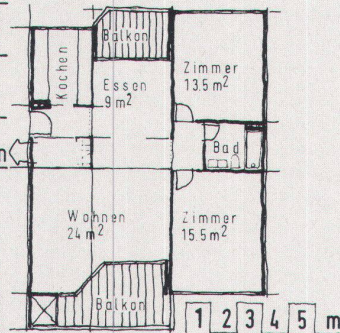
Organisation der Mieter- verwaltung

Vollversammlung Allmendgenossenschaft



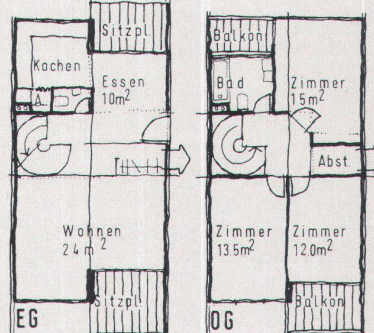
Wohnung Typ B

3- bis 4-Personen-Haushalt,
ankoppelbar an Typ A



Wohnung Typ C

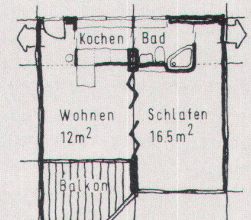
4- bis 5-Personen-Haushalt,
ankoppelbar an Typ A



Wohnung Typ A

1- bis 2-Personen-Haushalt,
ankoppelbar an alle Typen

Dieser Typ ist zugleich die Altenwoh-
nung und entsprechend ausgestattet.
Der Anspruch auf diese Wohnung ist
Bestandteil des Grundmietvertrages
und unverlierbar. Die A-Typen sind in
einer vertikalen Zone zwischen den B-
und C-Typen angeordnet



Anteilschein an der Allmend-Genossen- schaft »Fiktiv«

Anteilschein an den
Gemeinschaftseinrichtungen
der Allmendgenossenschaft
Siedlung "Fiktiv"

Der Inhaber dieser Urkunde ist
Genosschafter der Allmend-
genossenschaft und damit
stimmberechtigt in Fragen der
Benützung:

- von Strassen
- Plätzen
- Grünanlagen
- Kleingärten
- Allmendwiese
- Werkstätten
- Kindergarten
- Versorgungsanlagen
- Altendienste
- Markt
- Kiosk

Dieser Anteilschein berechtigt
den Inhaber, mit der Allmend-
genossenschaft über folgende
Objekte Pachtverträge
abzuschliessen:

- Kleingarten
- Treibhaus
- Marktstand
- Werkstatt
- Stall
- Voliere

Zusatzmietvertrag 1

Mietvertrag zwischen der
Winterthur Wohnen und der
Mieterselbstverwaltung

Zusatzmietvertrag über 44 m² nämlich:	
GMV	43 m²
ZV1	44 m²
Wohnung Typ B	87 m²

Mietpreis: Fr.

Dieser Zusatzmietvertrag 1
gehört zur Wohnung Typ B
Block 2 Nr. 12
Er lautet auf den gegen-
wärtigen Wohnungsinhaber
dieser Wohnung.



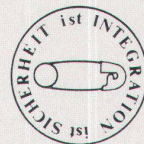
Zusatzmietvertrag 2

Mietvertrag zwischen der
Winterthur Wohnen und der
Mieterselbstverwaltung

Zusatzmietvertrag über 75 m² nämlich:	
GMV	43 m²
ZV 2	75 m²
Wohnung Typ C	118 m²

Mietpreis: Fr.

Dieser Zusatzmietvertrag 2
gehört zur Wohnung Typ C
Block 3 Nr. 6
Er lautet auf den gegen-
wärtigen Wohnungsinhaber
dieser Wohnung.



Grundmietvertrag- Zusatz

Grundmietvertrag für
Zusatzwohnung von
Typ A = 43 m²

Vermieter: Winterthur Wohnen
Mieter: *Fritzi Kries* geb. 1915

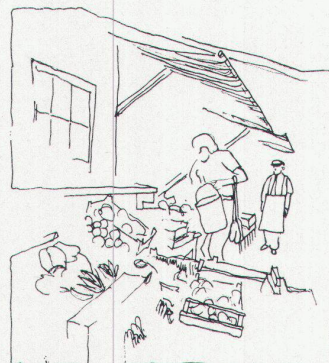
Mietgegenstand: 43 m² in der
Siedlung "Fiktiv" in
Winterthur

Mietpreis: Fr.

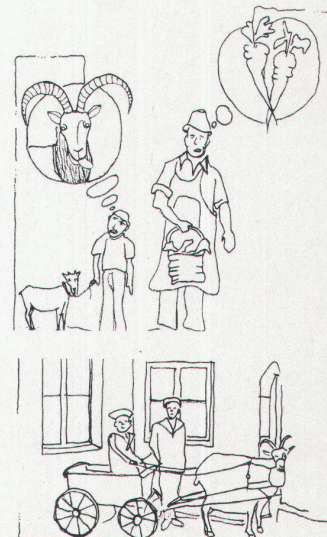
Dieser Mietvertrag kann auf
den Namen eines Kindes oder
eines weiteren Haushaltsan-
gehörigen geschlossen werden
Ist der Mieter unmündig, so
haftet der gesetzliche Vor-
mund für die Einhaltung.
Mit dem Erreichen der Mündig-
keit muss der Mieter diesen
Mietvertrag in einen GMV um-
wandeln oder aus dem Miet-
verhältnis austreten.

Der Mieter (ev. Vormund):

Fritzi Kries
Der Vermieter: *J. E. H. H.*



Die Siedlung enthält kein «öffentli-
ches Grün»; Freiflächen werden
sinnvoll verschiedenen gemein-
schaftlichen und privaten Nutzun-
gen zugeführt, – Verwalterin ist die
Allmendgenossenschaft



Besondere Dienstleistungen für die
Älteren sichern den Lebensabend in
der Siedlung

Hinweise auf realisierbare Entwürfe und unkonventionelle Konzepte – Stellungnahmen von Teilnehmern

Projekt «WIN»

Arbeitsgemeinschaft Anliker AG, Emmenbrücke LU; Bruno Pfister, dipl. Arch., Stuckishaus, Bern; Tobias Indermühle, dipl. Arch., Bern; Dolf Schnebli, architetto e associati, Agno TI
Koordinator der Arbeitsgemeinschaft: Prof. Dolf Schnebli, Agno und Zürich

Kommentar zum Wettbewerb Wohnmodell Stadtrand

Den Gedanken, das Wohnmodell allgemeingültig zu formulieren, um es anschliessend auf einem fiktiven Terrain zu illustrieren, finde ich wertvoll. Dass das Programm schon auf die verschiedensten in den letzten Jahren in Zeitschriften propagierten futuristischen Baumethoden hinwies, finde ich schade. Das Problem unserer Stadtrandssiedlungen wird sicher nicht mit mehr Technologie gelöst werden. Es scheint mir, dass dieser Konflikt in der Beurteilung des Wettbewerbs klar zum Ausdruck kommt. Die Teilung in Ankäufe und Preise zeigt eher ein Unvermögen des Preisgerichtes als eine Bewertung von vorzüglichen Ideen. Das Resultat des Wettbewerbes sagt aus: Mit andern Gesetzen, anderer Technologie (Wirtschaft) und vielleicht auch anderem als dem heutigen Verhalten der Leute könnte man bessere Siedlungen bauen. Wir aber sind überzeugt davon, dass es heute und jetzt notwendig und möglich ist, guten Wohnbau zu betreiben.

Unsere Arbeit ist eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs Haberacher in Baden (verschiedene Preisträger haben unsere Gedanken zum Wettbewerb Haberacher recht direkt übernommen – was wir als ganz legitim betrachten –, aber die Mängel, im Gegensatz zu unserem Projekt, nicht aufgehoben).

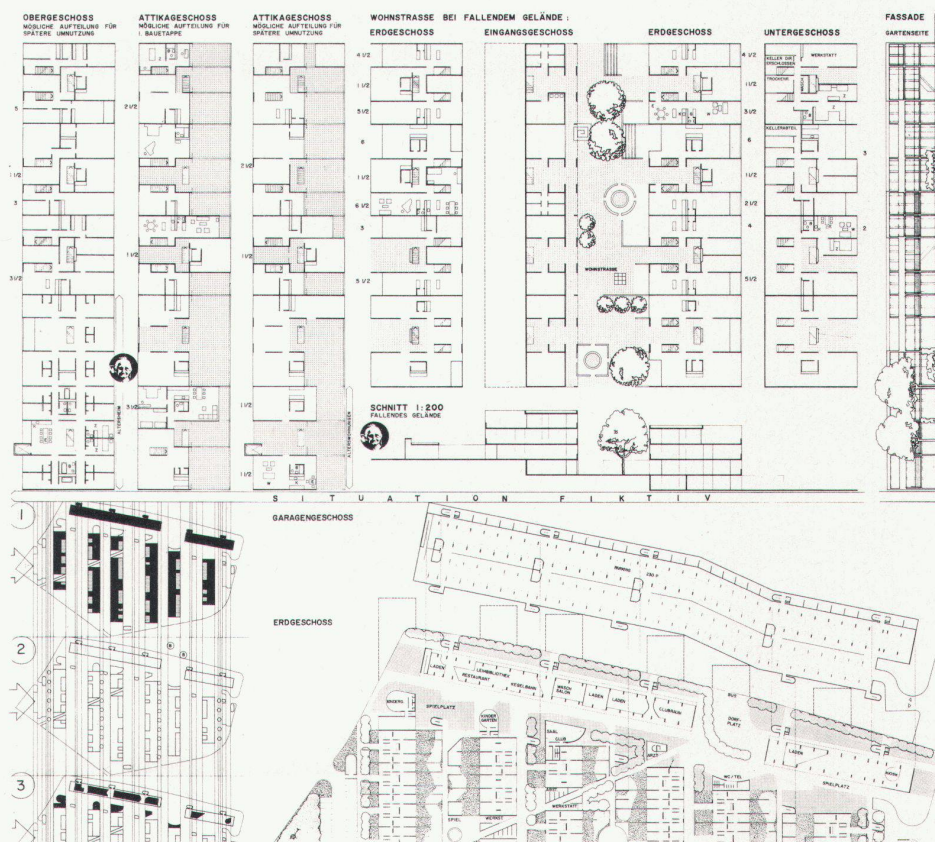
Die grundlegenden Gedanken zur Siedlung: In 2-, maximal 4stöckigen Reihenhäusern sollen Leute von 0 bis 100 Jahren leben können. Die Wohnungen oder Häuser sind einerseits auf eine gemeinschaftliche «Spielstrasse», die, wenn gewünscht, auch private Vorgärten enthält, andererseits auf einen Privatgarten, der auch eine Zone aufweist, in der einstöckige Bauten wie Ateliers, Werkstätte, Gastwohnung usw. erstellt werden dürfen, orientiert. Die Spielstrasse ist von «Hindernissen» für Autos so besetzt, dass gelegentliche Anlieferung im Schritttempo möglich ist. Die Parkierung geschieht in einer gemeinschaftlichen Einstellhalle. Die Köpfe der Zeilen, die bei der quer zu den Zeilen liegenden Einstellhalle liegen, sind für Gemeinschaftsanlagen vorgesehen. Die Bauzeilen wie die Gemeinschaftsgebäude sind architektonisch klar und eindeutig gestaltet. Vorgärten, Gärten, Elemente der Spielstrassen und die einstöckigen Bauten in der dafür vorgesehenen Zone im Garten werden, wenn so gewünscht, von den Bewohnern gestaltet (Unterscheidung in Primär- und Sekundärarchitektur).

Die grundlegenden Gedanken zu den Wohneinheiten: Die Wohneinheiten sind so konzipiert, dass in einem einfachen Tragwandsystem von der 1-Zimmer- bis zur x-Zimmer-Wohnung die verschiedensten Wohneinheiten gebaut und diese wiederum ohne Schwierigkeiten später aufgeteilt oder zusammengelegt werden können. Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Reihenhäuser sind in der gleichen Wohnzeile möglich. Im vorliegenden Entwurf wurde das erreicht durch das Erschliessungssystem. Um einen Kern, der rund die Hälfte einer 6-Meter-Achse einnimmt, sind 3 Treppen angeordnet, welche die innere Erschliessung mehrstöckiger Wohnungen oder Häuser sein können oder als öffentliche Treppen die Wohnungen in den Obergeschossen zugänglich machen. Um ein möglichst breites Wohnangebot bieten zu können, haben wir 2 Achsabstände für die Tragmauern gewählt; an die Erschliessungseinheit von 6 m Achsabstand können 4-m- oder 6-m-Achsen angehängt werden. Jede dritte Einheit ist eine Erschliessungseinheit.

Die grundlegenden Gedanken zur Bauausführung: Es handelt sich um ein System von Zuordnung von definitiven Raumeinheiten. Eine klare Zuordnung von Erschliessungsstruktur, Baustruktur und technischen Einrich-

tungen wird festgelegt. Die Art, wie gebaut werden soll, ob vorfabriziert, traditionell, sowie die Wahl der Baumaterialien können je nach Marktlage bei der Vergebung der Arbeiten entschieden werden.

Gedanken zur Darstellung des Wettbewerbes: Mit der Darstellung, die für das Preisgericht eindeutig zu anspruchsvoll war, wollten wir im ersten Teil das «Wohnmodell» theoretisch darstellen, um dann die Anwendung auf dem fiktiven Gelände eindeutig zu demonstrieren. Da wir eine Wohnsiedlung nicht nur als ein soziales Anliegen betrachten, sondern auch als ein formal städtebauliches, legten wir auch grossen Wert auf eine klare architektonische Gestaltung. Die heute so beliebten zufälligen Abstaffelungen der Gebäudezeilen, wenn sie weder durch das Gelände noch durch die Orientierung noch durch zwingende grundrissliche Gegebenheiten der Wohneinheiten bedingt sind, lehnen wir ab. Zufällige Verwackelung der Bauzeilen macht weder das Wohnen menschlicher, noch erlaubt es den Bewohnern mehr Freiheit, den eigenen Gestaltungswillen zu demonstrieren. Die Bereiche der Sekundärarchitektur werden den Bewohnern überlassen, der klare städtebauliche Rahmen ist die klar gestaltete Bühne, auf der sich das Individuum oder die Gruppen frei ausdrücken können. D.S.



Beispiele von Nutzungsvarianten der Grundeinheiten. Projekt «WIN», Arbeitsgemeinschaft

Anliker AG, Bruno Pfister, Tobias Indermühle, Dolf Schnebli

Projekt «Antagon»

Marcel Kalberer, Gestalter, Stuttgart

Kritik an Wettbewerbsaufgabe, -programm und -verlauf

In unserer Gesellschaft wird streng nach dem Prinzip der Leistung fortwährend abgesondert – Produktives von Unproduktivem getrennt. Somit bleibt die Forderung oder der Versuch zur Integration ohne gleichzeitige Veränderung dieser Wirtschaftsbedingungen, die weiterhin Segregation bewirken, zwangsläufig eine Farce. Der Aufruf an Architekten und interdisziplinäre Planungsteams, Wohnformen zu entwickeln, die diese abgesonderten Personen und Familien einander wieder näherbringen sollen, verweist diese in die Rolle von Sozialarbeitern. Sie sollen mit planerischen Mitteln Kommunikationsbrücken zwischen den getrennten «Generationen» errichten. In die gleiche Richtung zielen auch die Bemühungen um einen geschwätzigen Sonntagnachmittag mit Kuchen und Tee für jung und alt, Konzertveranstaltungen und ähnliche Kommunikationsstimuli, die wohl lobenswerte soziale Massnahmen zur Lin-

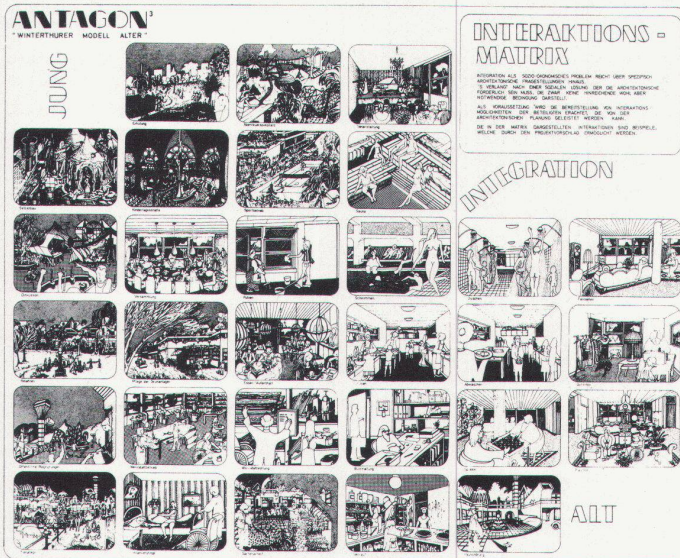
derung unerträglicher Auswirkungen der wirtschaftlichen Segregation darstellen – quasi als Integrationsersatz; Integration selber bleibt unerreich!

Der Begriff «Integration» im Zusammenhang mit den Wettbewerbszielen ist deshalb anspruchsvoll und ebenso irreführend wie der Begriff der «Generationen», die hier integriert werden sollen. Es wird damit vorgetäuscht, es handle sich dabei um ein Altersproblem, eben ein Problem der Generationen. Wie aber schon oben erwähnt, beruht die Segregation nicht auf diesem Altersproblem – auch wenn dies öfters damit einhergeht –, sondern auf der Trennung der Menschen danach, ob sie einen aktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung leisten oder nicht, sei dies in der Sphäre der Produktion oder der Konsumtion.

Aus dieser kritischen und veränderten Betrachtung des Problems der «Integration» resultierte das Projekt «Antagon». Es versucht «Integration» erweitert auf soziale, ökonomische und biologische Vorgänge zu beziehen, indem in einer Modellsiedlung sowohl alternative soziale und ökonomische Bedingungen dargestellt werden, welche auch die getrennten Le-

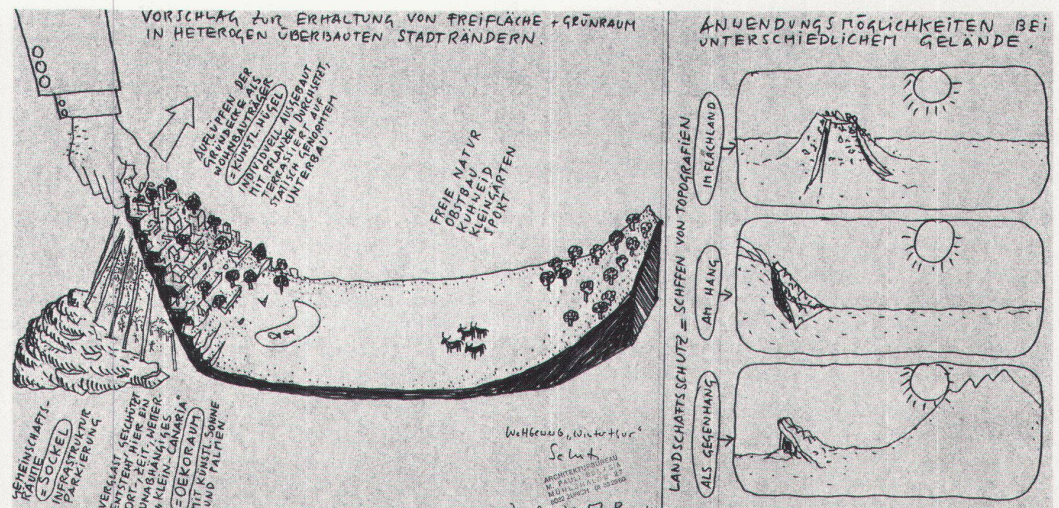
bensfunktionen wie Wohnen, Arbeiten, Erholen ermöglichen sollen, als auch direkte Bezüge vom Menschen zur Natur (Tiere, Gartenbau, Wald, Wasser), Mensch und Wohnen (Selbstbau) und die Integration sozialer und altersspezifischer Gruppen untereinander. Interaktion bildet das Hauptziel dieses alternativen Verhaltens; Kommunikations- und Generationenprobleme werden hierdurch eher beiläufig behoben.

Das Projekt «Antagon» versteht sich als eine Idee. Die Wettbewerbsergebnisse sowie die überwiegende Zahl der Projektvorschläge legen die Vermutung nahe, dass bei diesem «Ideenwettbewerb» der Dimension der Idee und des «Idealen» wenig Beachtung geschenkt wurde. Durch die Reduktionen der Ideen – die den meisten Architekten zugemutet werden können – auf die heutige Realität sowie auf technische wie soziale Realisierbarkeit blieb in den meisten Projekten nicht mehr viel «Ideales» übrig, um so stärker aber kam eine allgemeine Phantasielosigkeit zum Ausdruck, der gegenüber – wie uns zu hoffen bleibt – die Zukunft Besseres zu bieten hat.



▼ Projekt «Semiramis», Manuel Pauli, Arch. BSA/SIA, Zürich. Modellaufnahme und Skizze des Vorschlages zur Erhaltung von Freiflächen und Grünraum in heterogen überbauten Stadträndern

▲ Projekt «System WCCS», Atelier WW, J.Janssen, W.Wäschle, U. + P. Wüst, Architekten, Zürich. Utopie, witziger Einfall oder unkonventionelle Darstellung eines fundierten Konzeptes?



Fortsetzung des Gesprächs von Seite 641

Conrad U. Brunner: Das Ziel, das ich in diesem Wettbewerb sah, war, die Architekten auf die Breite der Problematik der Integration aufmerksam zu machen. In den abgegebenen Projekten sind genug «schreckliche architektonische Vereinfachungen» vorhanden, wo man sagen kann: «das ist ein Hof und somit die Integration», «das ist eine Gasse und somit die Integration». Das stellt die Ebene der Vereinfachungen dar, auf der der Architekt oft oberflächlich operiert und meint, er habe die Lösung des Problems gefunden.

Kann Integration geübt werden?

Verena Huber: Was wäre geschehen, wenn ich am Wettbewerb teilgenommen und die Idee gehabt hätte, die Wohnquartiere und die Innenstadt von Winterthur zu besichtigen, eine Gruppe zu bilden, um ein Experiment durchzuführen, wie die Integration der Generationen erfolgen könnte, und wenn ich darüber eine Reportage zusammengestellt hätte? Natürlich wäre diese Aktion auf dem angegebenen Grundstück nicht möglich gewesen. Dies hätte aber einen problemorientierenden Beitrag dargestellt. Ist ein Schritt in Richtung pragmatischer Versuche vorgesehen?

Victor N. Cohen: Es sind vier Modelle konzipiert worden, die teils gebaut, teils geplant und teils organisiert werden. Die gegründete Stiftung hat folgende Aufgaben: die Ansätze und Projekte, die nun vorliegen, weiterzuentwickeln und ausarbeiten zu lassen sowie diese Phasen laufend zu beobachten und darüber Publikationen zu realisieren, die der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollten.

Diego Peverelli: Der Gedanke von Frau Huber ist interessant. Ich interpretiere ihn als indirekte Kritik am Wettbewerbsprogramm. Frau Huber spricht von einer gruppenspezifischen Integrationsfürsorge der Generationen, die zum Beispiel in offenen und nicht in geschlossenen Räumen der Stadt und Quartiere am Stadtrand geschehen sollte.

Conrad U. Brunner: Winterthur hat jetzt ein gutes Projekt, das zum Teil unsere gemeinsame Arbeit und teilweise unabhängig davon entstanden ist. Es besteht aus Quartiergruppen, in denen erst wird, einerseits die Aktivitäten im Quartier zu fördern und andererseits auch auf die Problematik der Integration der Betagten einzugehen. Es sind Gruppen, welche durch die Eigenaktivität der Bewohner entstanden sind. Sie befinden sich nun in einer Phase der verstärkten Aktion. Auf dieser Basis sehe ich Lösungsmöglichkeiten im Sinne des Vorschlags von Frau Huber. Ich bin nicht sicher, ob das Preisgericht einen Beitrag in dieser Form angenommen hätte. In dieser Richtung wird aber jetzt in der Stadt Winterthur viel passieren. Die Anregungen sind gegeben, und es besteht eine gute Basis.

Diego Peverelli: Aus der Diskussion wird deutlich, dass indirekt ein anderer «Angeklagter» in

diesem Wettbewerb verurteilt wird, nämlich das Wettbewerbswesen, dessen Struktur nicht offen genug ist, die Formulierung progressiver Konzepte zu erlauben, geschweige denn zu fördern.

Wie geht es nun weiter?

Dr. Paul Aerni: Die Frage des weiteren Vorgehens ist noch offen, und ich kann sie daher im Moment nicht beantworten. Immerhin haben die Veranstalter nicht die Absicht, es bei der Jurierung der eingereichten Projekte einfach bewenden zu lassen. Vielmehr werden sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Wegen suchen, um einige der interessantesten Projekte weiterzufördern. Das ändert nichts an der Tatsache, dass schon heute einiges erreicht worden ist. Wir wollten ja vor allem eine Initialzündung geben und die Diskussion in eine breitere Öffentlichkeit verlagern, davon ausgehend, dass die vorhandenen Probleme noch bei weitem nicht überall richtig erkannt werden.

Gedanken zur Realität Alter

Ruedi Jost: In Zusammenhang mit dem Begriff Kommunikation interessieren mich Leute, die daran denken: sie werden einmal alt und Leute aus Winterthur, die jetzt eine neue Siedlung bekommen sollten. Was würden die Winterthurer als bekömmlich für ihre Stadt betrachten, was würden sie akzeptieren, und was nicht? Wie stellt sich die mittlere Altersgruppe, so rund um 50, das Alter vor, also Leute, die in ein Altersheim nicht wollen – das wird wahrscheinlich die Mehrheit sein –, aber eine Alternative suchen müssten?

Conrad U. Brunner: Umfragen ergeben keine Vorstellungen über zukünftige Möglichkeiten. Sie geben nur einen relativ präzisen Aufschluss über heutige Zustände. Jetzt haben wir einige Vorschläge, die sicher dem zukünftigen Benutzer noch nicht vorstellbar sind. Man müsste nun versuchen, sich mit den potentiellen Benutzern, Leuten, die alt oder noch nicht alt sind, zu unterhalten und mit ihnen zusammen die Vorschläge, die ja doch mehrheitlich von Jungen entstanden sind, zu diskutieren.

Ruedi Jost: Es könnte auch der Fall sein, dass die Leute, welche die Vorschläge gemacht haben, so jung sind, dass sie gar keine Ahnung haben, was sich die älteren Leute überhaupt wünschen. Es geht um die Erkenntnis der Bedürfnisse jener Generation, die sich heute auf das Alter vorbereitet.

Dr. Ulrich Braun: Ich möchte ein grosses Fragezeichen hinter die Aussage von Herrn Jost – die Zeit der Altersheime sei vorbei – setzen. Es gibt viele Betagte, die, vom geistigen Zustand abgesehen, nicht in einem Chronischkrankenheim leben müssten, obgleich sie mehr Pflege brauchen, als die ambulante Altershilfe erbringen kann. Das Altersheim muss in bescheidenem Umfang auch zukünftig bestehen. Das Problem Altersheim hat aber uns hier nicht vordergründig beschäftigt, da wir nach Alternativlösungen gesucht haben.

Conrad U. Brunner: Eine gewisse Infrastruktur ist notwendig, damit Dienstleistungen wirksam werden können. Es geht vor allem darum, die einseitige Altersheimwelle, die seit zehn Jahren durch unser Land geht, durch Alternativvorschläge ein wenig zu beeinflussen.

Dr. Ulrich Braun: Es geht hier auch um die Frage der Intensität der Dienstleistungen. Wenn wir genügend Dienstleistungen mit der offenen Altershilfe vollbringen könnten, müssten weniger Altersheimplätze geschaffen werden. Im heutigen Zeitpunkt sind zu wenige Dienstleistungen gewährleistet.

Informationen zum Nachdenken

Victor N. Cohen: Aus der Studie «Winterthur-Modell Alter – Berichterstattung und Vorschläge des Expertengremiums» von 1972 zitiere ich: «Es gibt unter den Betagten wenige, die ganz auf Betreuung angewiesen sind, aber viele, die in der Lage sind, für sich selbst zu sorgen, ja sogar fähig sind, andere zu betreuen.» Das Projekt wendet sich diesen vielen zu, unter der Voraussetzung allerdings, dass für die Pflege- und Betreuungsbedürftigen andere Institutionen zur Verfügung stehen. Es ist unbestritten, dass ohne Kommunikation keine Integration möglich ist. Die Kommunikation ist noch rein empirisch organisiert. Sich sehen, sich treffen, miteinander reden, sich verstehen, sich gegenseitig helfen, zusammenleben: Integration ist ein langer Lernprozess. Die Architektur oder der Ideenwettbewerb kann uns die Lösungen der Probleme nicht liefern, aber Anregungen planerischer und baulicher Art geben, damit Kommunikation möglich wird.

Guido Cocchi: Wir haben gesehen, dass es Vorschläge für Wohnräume gibt, in denen es Animatoren braucht, um Leben hineinzubringen; dann gibt es Wohnräume, in denen es dem Zufall überlassen bleibt, ob darin die Leute sich treffen oder nicht. Dort kommt es auf das Verhalten der Bewohner an, wie sie sich organisieren, ob sie sich organisieren wollen. Es gehört zum Ausklang eines Wettbewerbs, dass man sich trifft und das Ergebnis diskutiert. Notwendig wäre aber, Experimente durchzuführen. An den Stadträndern sind Aussenräume, die keine bestimmte «Form» haben, die hässlich sind, die aber bereits eine Infrastruktur haben, vorhanden. Warum nicht dort ein Experiment machen? Wieso nicht statt Schrebergärten eine Schrebergarten-Wohnsiedlung bauen?

Diego Peverelli: Herr Cocchi hat eine interessante Synthese der Projekte formuliert. Ich meine, die Frage der Kommunikation soll nicht in übertriebener Weise verwissenschaftlicht werden. Man kann durchaus Prätexte für die Kommunikation und die Information finden. Dafür muss aber nicht unbedingt eine «Mall» in einer Art Kristallpalast vorgeschlagen werden. Es ist nicht einmal nötig, Plätze zu schaffen, um gegenseitige Kommunikation zu fördern. Das Gespräch hat Informationen geliefert, die uns motivieren sollten, über diesen Wettbewerb und sein Ergebnis nachzudenken. ■